

**13. Sitzung, Montag, 31. August 2015, 14.30 Uhr**Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)***Verhandlungsgegenstände****14. Abschaffung der Dringlichkeitsdebatte**

Antrag der Redaktionskommission vom 24. März 2015

KR-Nr. 168d/2013 *Seite 744***15. Amtszeitbeschränkung für Mitglieder von Aufsichtskommissionen**

Antrag der Geschäftsleitung vom 22. Januar 2015 zur parlamentarischen Initiative von Ruedi Lais

KR-Nr. 9a/2014..... *Seite 745***16. Kantonsratsgesetz**

Antrag der Geschäftsleitung vom 19. März 2015

KR-Nr. 69a/2011..... *Seite 755***17. Faire Gemeindebeiträge für die Nutzung der Ombudsstelle**

Motion Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf), Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Cornelia Keller (BDP, Gossau) vom 20 Oktober 2014

KR-Nr. 259/2014, Entgegennahme, Diskussion (Gemeinsame Behandlung mit KR-Nr. 306/2014).... *Seite 784***25. Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Ombudsperson**

Parlamentarische Initiative Martin Zuber (SVP, Waltalingen) und Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) vom 17. November 2014

KR-Nr. 306/2014 (Gemeinsame Behandlung mit KR-Nr. 259/2014).... *Seite 784*

Verschiedenes

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 792

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

14. Abschaffung der Dringlichkeitsdebatte

Antrag der Redaktionskommission vom 24. März 2015

KR-Nr. 168d/2013

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat dieses Geschäft geprüft. Wenn Sie die Vorlage anschauen, wenn Sie insbesondere die Paragraphen 24a und 24b anschauen, dann sieht das so aus, als hätte die Kommission diese beiden Paragraphen völlig verändert oder wesentlich überarbeitet. Sie hat einfach die Struktur dieser beiden Paragraphen geändert, sodass nun eindeutig zunächst über die Einreichung eines Gesuchs zur Durchführung einer solchen Debatte etwas gesagt wird, dann über die Debatte und anschliessend über die Rechtsfolgen, wenn es zu einer solchen Debatte kommt. Das ist die Struktur, welche die Redaktionskommission Ihnen vorschlägt. Das tut sie nicht einfach so ohne Rückhalt, sondern dieser Vorschlag, der Ihnen vorliegt ist auch von den Mitgliedern der Geschäftsleitung entsprechend gutgeheissen worden.

In diesem Sinn beantragt Ihnen die Redaktionskommission, entsprechend Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Kantonsratsgesetz vom 5. April 1981 wird wie folgt geändert:

§24a und 24b

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II., III. und IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Dispositiv**Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten und wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 121 : 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Vorlage 168d/2013 abzulehnen.

Das Geschäft ist erledigt.

15. Amtszeitbeschränkung für Mitglieder von Aufsichtskommissionen

Antrag der Geschäftsleitung vom 22. Januar 2015 zur parlamentarischen Initiative von Ruedi Lais

KR-Nr. 9a/2014

Rolf Steiner (SP, Dietikon), Referent der Geschäftsleitung: Dieser Rat hat die parlamentarische Initiative von Ruedi Lais vor ziemlich genau einem Jahr am 25. August 2014 mit 67 Stimmen vorläufig unterstützt.

Diese parlamentarische Initiative will das Geschäftsreglement unseres Rates abändern und verlangt, dass ein einzelnes Ratsmitglied höchstens acht Jahre in derselben Aufsichtskommission tätig sein dürfe, die Präsidien vier Jahre.

Solche Änderungen des Geschäftsreglements werden von der Geschäftsleitung vorberaten, die nun dem Plenum des Rates ihren Antrag stellt. Die ausführliche Argumentation finden Sie im erläuternden Bericht und ich ergänze mit einigen Überlegungen in Kürze.

Die Oberaufsicht unseres Rates über die Verwaltung, über die Gerichte und über die selbständigen Anstalten wird insgesamt von fünf Aufsichtskommissionen wahrgenommen. Alle ihre Mitglieder haben regelmässigen Kontakt, nicht nur mit den zuständigen Mitgliedern der Regierung, sondern auch mit den Leitungen der Ämter und den verantwortlichen Organen der Anstalten und der Gerichte.

Für die Mehrheit der Geschäftsleitung ist es nicht auszuschliessen, dass sich mit der Zeit auch etwas engere, fast persönliche Beziehungen ergeben könnten. Fehlt die nötige Distanz, so die Ansicht der Mehrheit, ist die Unabhängigkeit der Aufsicht nicht mehr wie gewünscht gegeben. Mit der Beschränkung der Mitgliedschaft auf maximal acht Jahre solle diese Unabhängigkeit verbessert oder eben gestärkt werden.

Für die Minderheit der Mitglieder der Geschäftsleitung ist der Umstand wichtiger, dass erst eine gewisse Routine und Erfahrung es einem Kommissionsmitglied ermöglichen würden, die Verwaltungsabteilungen und Vorgänge so gut zu kennen, dass eine Kontrolle mit gleich langen Spiessen möglich ist.

Der Antrag der Geschäftsleitung ändert die PI Lais leicht ab und schafft einen neuen Paragrafen 59a im Geschäftsreglement des Kantonsrates, der die besagte Regel beinhaltet. Die maximale Verweildauer in einer bestimmten Aufsichtskommission beträgt acht Jahre. Einer Wahl in eine andere Aufsichtskommission steht anschliessend aber nichts im Weg. Mit 6 zu 5 Stimmen beantragt Ihnen die Geschäftsleitung, dieser Änderung des Geschäftsreglements zuzustimmen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Eingang meines Votums eine Feststellung: Politik kann, wie wir auf Schweizerdeutsch sagen, leider sehr, sehr «gruusig» sein. Und das ist so unnötig wie diese PI.

Wie schon in der Eintretensdebatte festgestellt, legiferieren wir heute über eine «Lex Petri» (*Gabi Petri*). Doch lassen Sie mich zuerst einmal der Fraktionspräsidentin der Grünen Partei, Frau Esther Guyer, sie ist heute wohlweislich – ja, doch sie ist hier (*Heiterkeit*) –, zu ihrer herausragenden Leistung gratulieren, dass es ihr scheinbar gelungen ist, ihre Fraktion zu überzeugen, der Fraktionskollegin Petri die Mitgliedschaft in einer Kommission zu verwehren. Und ein Schelm ist, der glaubt, die Chefin der Grünen hätte anfangs der Legislatur darauf

verzichtet, Anspruch auf einen Sitz in der Justizkommission zu erheben, um ganz sicher zu sein, dass Frau Petri ja nicht wieder Einsitz in besagter Kommission nehmen könnte.

Sowohl der sozialdemokratische Initiant wie auch seine freisinnige Mitstreiterin verfolgen mit ihrer PI natürlich ganz andere, nicht minder ehrne Absichten. So wollten die beiden schon anlässlich der Eintretensdebatte der tumben Ratsmehrheit doch wirklich weismachen, bei ihrem Anliegen gehe es – frei nach Lais – um das Rotationsprinzip respektive gemäss der freisinnigen Mitinitiantin und Präsidentin der Zürcher Handelskammer (*Regine Sauter*) – Sie hören richtig – um eine neue Corporate-Governance-Regel oder wie sie feststellte, um Regeln wie ein Organ zu funktionieren hat, damit dessen Funktionsfähigkeit auch gewährleistet ist. Lassen Sie sich das ruhig in den Ohren noch einmal vergehen, liebe Vertreterinnen und Vertreter des liberalen Originals, wie Sie sich derzeit so gerne libertär nennen, und trotz dieser Wortklaubereien auch jetzt wieder einmal einem Oberlinken auf den Leim zu kriechen scheinen: «Regeln, wie ein Organ zu funktionieren hat, damit dessen Funktionsfähigkeit auch gewährleistet ist.» Sollten Sie diesen Vorstoss weiter unterstützen, geschätzte Mitglieder der freisinnigen Fraktion, dann verkaufen Sie diesen Rat nicht weniger und nicht mehr als für dumm.

Ich begründe dies wie folgt: Trotz mehrfacher Anläufe von Seiten gewisser Genossinnen ist es nämlich auch in der letzten Legislatur nicht gelungen, einer nicht genehmen Ratskollegin den Einsitz in die Justizkommission zu verwehren. Und weil das Vorhaben auch anlässlich des demokratischen Wahlverfahrens im Plenum scheiterte, musste halt eine PI her, um das Geschäftsreglement zu ändern. Das ist Unsinn, geschätzte Frau Sauter, wählt doch der Gesamtrat die Mitglieder der Kommissionen anfangs einer Legislatur auf Vorschlag einer Kommission, der Interfraktionellen Konferenz, oder eines Mitglieds, und dies ist normalerweise eine offene Wahl. Ist ein Ratsmitglied oder eine Fraktion damit nicht einverstanden, so muss er oder sie nur aufstehen und einen Gegenkandidaten vorschlagen. Das wiederum setzt aber eine gewisse Portion Zivilcourage voraus und kann dem einen oder dem anderen schwerfallen.

Die Amtszeit einer Parlamentarierin ist kein Gradmesser für deren Kompetenz oder Unabhängigkeit als Kommissionsmitglied. So soll es Kommissionsmitglieder gegeben haben, welche schon anlässlich der ersten Kommissionssitzung geschlafen oder «Gameboy» (*tragbare Videospielekonsole*) gespielt haben. Und es soll auch immer wieder vorkommen, dass einfach Kommissionsmitglieder über grössere fach-

liche Kompetenz und Erfahrung als das Präsidium verfügen, sich aber trotz fachlicher Überlegenheit tadellos in das Gremium einfügen.

Wir alle verfügen über das Wahlrecht und damit verbunden über Mittel und Möglichkeiten, die Mehrheit dieses Rates zu überzeugen, einem Ratsmitglied den Einsitz in eine Kommission zu verwehren. Ganz wenig Zivilcourage braucht es derzeit aber doch noch dazu. Und das ist meines Erachtens gut und kann von einem Politiker oder einer Politikerin aufgrund der Tragweite eines solchen Entscheides auch verlangt werden. Wir sind ja keine politischen Eunuchen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese der Demokratie unwürdige und unnötige PI wuchtig abzulehnen. Ich danke Ihnen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Ich lasse Herrn Kollegen Amrein jetzt im Gespinnst seiner Verschwörungstheorien ein bisschen hängen, denn ich möchte gerne, dass eine vertiefte Debatte aufgrund von wirklichen Corporate-Governance- und Gesetzgebungsüberlegungen stattfindet.

Die Aufsicht, liebe Kolleginnen und Kollegen ist eine der Kernaufgaben, die wir erfüllen müssen, und genauso wie es bei der Befangenheit geregelt ist, genügt eben schon der Anschein einer Befangenheit oder eben in unserem Fall einer Abhängigkeit, dass wir unglaubwürdig werden.

Es ist ja nicht das Werk von Idioten, dass zum Beispiel im Obligationenrecht die Revisionsstelle für bestimmte grössere Gesellschaften regelmässig gewechselt werden muss. Und es ist nicht das Werk von Ignoranten bei der Finanzkontrolle, dass sie die Mandate regelmässige austauscht. Es ist auch nicht komplett widersinnig, wenn sehr viele Kantone Amtszeitbeschränkungen für Aufsichtsorgane und Kommissionsmitgliedschaften eingeführt haben, notabene sind das Bern, Luzern, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau und Wallis. Bei den Präsidien kämen dann noch Uri, Graubünden, Thurgau, Waadt und der Bund dazu. Ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir hier ein bisschen einen Rückstand haben, und gerade bei der BVK-Geschichte (*Korruptionsfall bei der Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich*) hat sich ja gezeigt, dass unsere Funktion als Aufsichtsorgan nicht unbedingt gegläntzt hat.

Es wurde der berühmte Begriff der «Lex Petri» ins Spiel gebracht, aber, Sie können es mir nun glauben oder nicht, es hat nichts mit der verehrten Kollegin Gabi Petri zu tun, und die Ironie der Geschichte ist nun ja die, dass noch in dieser Legislatur die angebliche «Lex Petri» zu einer «Lex Guyer» (*Esther Guyer*) wird, wenn nämlich Kollegin Guyer die maximale Frist in der Aufsichtskommission, der sie jetzt

angehört, abgesehen beziehungsweise in ihrem Fall muss man sagen, abgearbeitet hat. Also diese Verschwörungstheorie können wir getrost beiseitelegen. Aber es ist, wenn man an Frau Petri denkt, ein idealer Zeitpunkt, eine solche Regel zu beschliessen, denn nun ist niemand direkt betroffen, es werden allerdings eben in den nächsten Jahren Einzelne die Kommission wechseln müssen. In dieser Legislatur sind es drei und im Hinblick auf die nächste Legislatur werden, Wiederwahl vorausgesetzt, vier Weitere diese maximale Verweildauer in der Kommission erreichen.

Die Aufsicht braucht eine gewisse Unabhängigkeit. Und wenigstens die 81, die unter uns sind und für den Nationalrat kandidieren, werden bestätigen, dass sie von der Partei nicht ganz unabhängig sind. Sie wurden ja gerade erst nominiert. Wir sind in einem Geflecht von möglichen Abhängigkeiten und das Rotationsprinzip gegenüber der Verwaltung, gegenüber den Gerichten, gegenüber den selbständigen Anstalten würde uns vom Anschein der Abhängigkeit, der Verfilzung ein wenig befreien. Es wäre eine moderne Regelung, wie sie viele Kantone bereits kennen. Und wenn man an die Funktionsweise der IFK (*Interfraktionelle Konferenz*) denkt, ist es die einzig mögliche, denn eine IFK mit zehn Fraktionen kann schlicht und einfach an unseren Spielregeln nichts mehr ändern, denn bereits zwei Mitglieder einer fünfköpfigen Fraktion können den ganzen Rat übersteuern und verhindern, dass die IFK überhaupt beschliesst. Die Spielregeln müssen wir also leider nicht in der IFK, sondern im Rat beschliessen.

Wir haben eine funktionstüchtige, in vielen Kantonen erprobte Regel aufgestellt und eingereicht und bitten Sie, ihr zuzustimmen.

Daniel Schwab (FDP, Zürich): Erlauben Sie mir zum Anfang eine persönliche Bemerkung: Die FDP betrachtet diese Frage unabhängig zu den Stimmen, welche von einer «Lex Petri» sprechen.

Ausführlich begründete die damalige Geschäftsleitung des Kantonsrates die parlamentarische Initiative, welche unter anderem auch von Regine Sauter aus meiner Fraktion am 20. Januar eingereicht worden ist. Da sie wegen einer Terminkollision heute ihre Initiative nicht selber vertreten kann, ist unsere Fraktion der Meinung, dass sich ein Mitglied einer Aufsichtskommission – ich bin Mitglied der Geschäftsprüfungskommission – dieser Frage widmen sollte. In anderen Fällen würde man von Befangenheit reden, hier gilt es wohl als Erfahrung.

Man kann der Argumentation der Geschäftsleitung, wonach wir Mitglieder einer Aufsichtskommission erstens auf das Vertrauen des Kantonsrates und der Bevölkerung angewiesen sind, zweitens eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den zu beaufsichtigenden Personen von

staatlichen Einheiten eine Grundbedingung ist, drittens wir unvoreingenommen gegenüber einem entsprechenden Sachverhalt sein müssen, zu 100 Prozent beipflichten. Erwähnt wird auch eine Eigenschaft, welche aber nicht spezifisch für Aufsichtskommissionen wünschenswert wäre, sondern uns allen im Rat gut täte, nämlich eine kritische Distanz zu gewissen Sachfragen.

Nicht einverstanden bin ich mit der Aussage, dass durch lang andauernde Amtsdauern das entstehende Fachwissen eher bei Sachkommissionen gefragt ist. Gute Mitglieder von Aufsichtskommissionen äussern sich eben nicht nur durch methodisches Wissen und Kenntnisse über Vorgehensweisen bei Untersuchungen, sondern eben auch durch möglichst viel Sachwissen. Ich kann mir auf jeden Fall nur schwer vorstellen, den Vorsitz beim Opernhausbericht ohne jegliches Fachwissen geleitet haben zu dürfen.

Persönlich glaube ich, dass eine entsprechende Nähe zu Personen der Verwaltung in der Aufsichtskommissionsarbeit tatsächlich den Blick aufs Wesentliche trüben und persönliche Entscheide beeinflussen kann.

Eine Minderheit in der Geschäftsleitung moniert, dass eher mangelnde Kontinuität und das fehlende Fachwissen und weniger die zu starke Verbindung zwischen den Mitgliedern der Aufsichtskommissionen und den Vertretern der zu beaufsichtigenden Verwaltungseinheiten das Problem seien. Wie so oft in der Wirtschaft und der Politik ist das wohl eine Frage der jeweiligen Persönlichkeit und Eignung. Die Feststellung, dass es an den Fraktionen und der Interfraktionellen Konferenz liegt, die richtigen persönlichen Entscheide des Kantonsrates in der Personalpolitik von Mitgliedern der Aufsichtskommissionen vorzubereiten, ist mit einer gesunden Vorsicht zu begegnen.

Aus all diesen Überlegungen heraus bin ich als Betroffener und ist meine Fraktion der Meinung, dass eine Beschränkung der Mitgliedschaft von acht Jahren in einer Aufsichtskommission für einen Blick von aussen und ohne voreingenommen zu sein, sinnvoll ist. Daher werden wir der Änderung des Geschäftsreglementes des Kantonsrates und einem neuen Paragraphen 59a zustimmen. Ob der Rat unsere Unterstützung als dumm ansieht, überlassen wir jedem einzelnen Mitglied. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Sie, SP, Grüne, FDP, wollen jetzt hier also ein Gesetz schaffen, wo Selbstverantwortung und Selbstkontrolle dieses Rates mehr als nur reichen würden. Es geht hier nicht darum zu legiferieren, solange gutes Wetter ist und dann Gesetze

zu machen, wenn schönes Wetter ist, wie Jörg Mäder heute Morgen mehrfach gesagt hat. Denn Sie wollten ein Gesetz, um einen Einzelfall zu regeln, der Sie gestört hat. Wir Grünliberalen waren, sind und bleiben gegen diese Überregulierung.

Und nochmals: Es geht hier um Erfahrung und an dieser Erfahrung mangelt es häufig in der Aufsicht. Der Austausch in diesen Aufsichtsgremien findet ja ohnehin statt – eher auch zu häufig. Und wir haben eher zu viele als zu wenige Wechsel. Und Unabhängigkeit hat mehr mit Persönlichkeit als mit Amtsdauer zu tun.

Und wenn Ruedi Lais schon dem Rotationsprinzip das Wort redet, ist ein Verwaltungsrat denn so etwas anderes? Sind 21 Jahre VBG (*Verkehrsbetriebe Glattal AG*) denn nicht zu viel, um unvoreingenommen einen Blick von aussen auf etwas zu werfen? Der Rat hier soll entschieden Nein zu dieser PI sagen und bei Personalfragen kompetente Entscheide treffen. Lehnen Sie diese PI bitte mit uns ab.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich kann es kurz machen: Wie schon öfters hier ausgeführt, wir reden ja nicht zum ersten Mal über diese PI, stimmen wir dieser Änderung dieses Geschäftsreglements zu.

Herrn Amrein kann ich insofern beruhigen, dass ich Ihnen sagen muss, sollte es je offene Fragen oder gar Probleme in unserer Fraktion geben, wir lösen sie selber. Danke.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die Unabhängigkeit der Aufsichtskommissionen ist von grosser Bedeutung und das Anliegen der Initianten ist daher verständlich. Es ist auch zu begrüessen, wenn die Fraktionen eine gewisse Rotation pflegen. Wobei ich schon anmerken möchte, allzu viel Rotation ist ebenfalls ungesund. Die Arbeit in den Aufsichtskommissionen erfordert gewisse Kenntnisse und daher auch eine gewisse Konstanz. Und wenn ich unsere Aufsichtskommissionen anschau, so sehe ich beide Phänomene, also Kantonsräte, die etwas gar lange bleiben, und auch solche, die etwas gar schnell wieder gehen.

Sie sehen also, es geht darum eine Balance zu finden und eine auf die jeweilige Situation zugeschnittene Lösung. Und dafür sollten wir uns den grösstmöglichen Spielraum bewahren. Diesen Handlungsspielraum schränken wir mit der vorliegenden Gesetzesänderung zu stark ein, finden wir. Die Regelung ist starr und sie ist unnötig. Die Fraktionen haben es in der Hand, jederzeit für eine gewisse Rotation zu sorgen. Der Kantonsrat hat es als Wahlgremium jederzeit in der Hand,

bei der Bestellung der Aufsichtskommissionen eine Person nicht mehr zu wählen. Wir lehnen die Regelung daher ab. Besten Dank.

Peter Reinhard (EVP, Zürich): Acht Jahre Aufsichtskommission und Präsidium und nicht mehr. Ist man acht Jahre unabhängig, im neunten nicht mehr unabhängig, das ist ja die Frage, die wir uns hier stellen. Die IFK und die Fraktionen, die haben auch eine Verantwortung, sollen entscheiden, ob eine Person noch tragbar ist, ob sie unabhängig ist oder nicht. Das ist die eine Seite.

Das Gesetz, das wir nun vorschlagen, darf aber unserer Meinung nach nicht auf eine Person zielen. Eine «Lex Petri» möchten wir nicht. Entweder machen wir ein Gesetz, das die strukturellen Anliegen aufnimmt und sagt, wir müssen hier etwas ändern oder wir sagen, wir haben dieses Bedürfnis nicht. Die EVP-Fraktion hat mich beauftragt, hier eine flexible Lösung zu präsentieren und deshalb den Minderheitsantrag zu unterstützen und die Fraktion wird das entsprechend tun.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir haben es hier ja wirklich mit einer strukturellen Diskussion zu tun und strukturelle Diskussionen muss man immer unabhängig von Personen führen, weil es kann ja jeden und jede in einer Struktur treffen, dass sie mal an dieser Reihe ist. Und was heute vielleicht auf eine Person zielt, kann einem am anderen Tag selber auf den Kopf fallen. Das sind die Wesen der strukturellen Diskussionen, und deshalb sollte man ruhig Blut bewahren bei diesen strukturellen Diskussionen.

Aufsichtskommissionen sind eine zentrale Tätigkeit dieses Parlamentes, sind eine wichtige Tätigkeit, und es ist auch wichtig, dass wir unabhängig bleiben in diesen Aufsichtskommissionen. Und jetzt kann man sagen, was spricht denn für die Gefahr, dass die Unabhängigkeit da ins Wanken kommt und was spricht dafür, dass man länger dabei ist.

Ich denke, der Zeitablauf spricht ja tendenziell schon gegen eine Unabhängigkeit. Es gibt nämlich zwei Momente dabei: Man kann abstumpfen, wenn man lange in einer Aufsichtskommission ist, man sieht gewisse Gefahren nicht mehr, die einem vielleicht am Anfang aufgefallen wären. Da sind frische Kräfte vielleicht besser. Es kann auch eine persönliche Nähe zu den zu beaufsichtigenden Stellen geben. Das ist auch klar. Wenn Sie länger drin sind, dann kennen Sie die Leute relativ gut. Es gibt die Gefahr, dass man dann eben auch die innere Unabhängigkeit verliert. Dann kann es auch die Gefahr geben,

dass weil man einen Wissensvorsprung hat, weil man lange drin ist, bewusst oder unbewusst diese Gruppe bestimmen kann. Man hat immer einen immanenten Wissensvorsprung, und man kann die Gruppe dorthin lenken, wo man will. Das sind die Gefahren, die eindeutig für eine Amtszeitbeschränkung sprechen.

Und jetzt kann man sagen, ja, es geht ja auch ein grosses Wissen verloren, wenn wir diese Amtszeitbeschränkung machen, und da muss ich natürlich schon auch sagen, das kann sein. Aber bezüglich Wissensmanagement sind wir hier im Kantonsrat natürlich schon relativ naiv und einfach. Wir denken immer, das Wissen spiele sich in den Köpfen ab, und wenn das Wissen weg ist, ist auch das Wissen verloren gegangen. Wir haben ja diesen Begriff des Wissensmanagements heute, und man könnte das ja auch zu Papier bringen. Man könnte das auch viel mehr schriftlich festhalten und das Wissen, das man sich erarbeitet hat, über die Legislatur retten. Und wir haben ja gewisse Anfänge betreffend Wissenstransfer gemacht im Kantonsrat, und das müsste man schon noch um einiges ausbauen. Sonst fangen wir immer bei null an, und das ist eigentlich ganz schlecht. Aber das ist ein Zeichen, wie man die Sache professioneller angehen könnte.

Und wenn wir diese verschiedenen Parameter abwägen, dann sind wir für eine Amtszeitbeschränkung, denn die potenzielle Gefahr, dass man eben nicht mehr unabhängig ist oder dass man eben diese Gruppe zu dominant lenkt, diese Gefahr ist gross. Das zeigt sich ja auch draussen in der Realität. Revisionsfirmen werden ausgewechselt, früher durften die Landstationierten bei der Kantonspolizei nur eine gewisse Zeit bleiben, Grenzwächter wurden auch immer ausgewechselt. Überall bestand die Gefahr, dass man die Pflichten verletzt. Das ist eine objektive Gefahr, und deshalb muss man dieser Gefahr entgegentreten.

Und es ist auch nicht so, Herr Amrein, dass wir sagen können, wir wählen ja die Leute, wir können die Leute ja nicht mehr wählen. Wenn das dann hier im Rat ist, dann ist der Mist schon geführt. Dann kann man nur noch ganz schwer etwas anderes machen, und dann muss man auch einen Gegenkandidat, eine Gegenkandidatin haben. Und dann hier drin noch diese personellen Diskussionen zu führen, das ist auch nicht sehr schön, und deshalb wäre es wichtig, wenn man eine klare Vorgabe hat, auch für die Fraktionen. In unserer Fraktion denken wir an und für sich, acht Jahre sind ein bisschen kurz, es ginge auch mit zwölf Jahren. Das wäre wahrscheinlich der Situation angemessener. Nun, wir haben diese Vorlage, diesen Antrag auf acht Jahre, und wir finden das besser als nichts. Deshalb stimmen wir diesem Mehrheitsantrag zu.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): In einer Aufsichtskommission haben Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit nichts mit der Anzahl der Dienstjahre, sondern viel mehr mit der Frage von Interessenbindungen und dem persönlichen Charakter des Kommissionsmitgliedes zu tun.

Wenn Mitglieder von Aufsichtskommissionen befangen oder betriebsblind geworden sind, so sollen sie zurücktreten oder durch die Fraktion nicht mehr portiert werden. Unabhängige, erfahrene und engagierte Mitglieder in Aufsichtskommissionen fördern die Arbeit der Aufsichtskommissionen. In der Praxis erweisen sich langjährige erfahrene Mitglieder von Aufsichtskommissionen als hilfreich, insbesondere wenn es darum geht, die in Aufsichtskommissionen leider häufig vorkommenden Fluktuationen auszugleichen.

Wenn die Zielsetzung darin besteht, starke und konstante Aufsichtskommissionen zu schaffen, die ein gutes Gegengewicht zur Tätigkeit von Regierung und Verwaltung oder auch von wirtschaftlichen Unternehmen geben, muss diese PI sicherlich abgelehnt werden.

SP und Grüne wollen dies nicht und haben aufgrund ihres Parteiprogramms die Absicht, den Staatsapparat zu stärken und die Aufsichtskommissionen zu schwächen. Die FDP als Lobby der wirtschaftlichen Unternehmen hätte ihrerseits wohl lieber schwache Aufsichtskommissionen, damit die Wirtschaft stärker und freier agieren kann.

Die EDU-Fraktion wird diese PI daher ablehnen und dem Minderheitsantrag zustimmen. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Eine kurze Replik auf den Sprecher der AL: Es handelt sich nicht um eine strukturelle Diskussion hier, Herr Bischoff. Nein, es handelt sich hier darum, dass Zivilcourage des Einzelnen gefragt ist, wenn nötig. Und genau das ist in der Vergangenheit zum Teil nicht geschehen. Und das kann ja nicht mit einem Gesetz geändert werden.

Und Herr Lais: Der Sprecher der GLP hat es Ihnen gesagt. Sie sind seit 1994 Verwaltungsrat der Glattalbahn. Also säuseln Sie uns doch nicht irgendetwas vor hier von «unvoreingenommen» und «unabhängig». Treten Sie zurück als Kantonsrat und nehmen Sie das Verwaltungsratsmandat oder umgekehrt, und dann glaube ich Ihnen, was Sie vorher gesagt haben und sonst muss ich sagen, es war wieder einmal ein Votum à la Ruedi Lais.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt.

*Detailberatung**Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag von Jürg Trachsel, Karin Egli, Philipp Kutter, Benno Scherrer und Roman Schmid

I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 9/2014 wird abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Jürg Trachsel gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Die parlamentarische Initiative ist damit abgelehnt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

16. Kantonsratsgesetz

Antrag der Geschäftsleitung vom 19. März 2015

KR-Nr. 69a/2011

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil), Referent der Geschäftsleitung (GL): Soll der Kanton Zürich ein kantonales Jugendparlament einführen? Um diese Frage geht es jetzt. Ich stelle die Vorlage namens der Geschäftsleitung vor und gebe einleitend meine Interessensbindung zu Protokoll: Ich bin Vorstandsmitglied von okay (Organisation- und Kontaktstelle aller Jugendvereinigungen), dem kantonalen Dachverband der offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Zürich. Die Geschäftsleitung hat mich trotzdem zum Sprecher ernannt. Ich danke für das Vertrauen und bin bestrebt, dem Pro und Kontra gleichermaßen Raum zu geben. Es wird mir aber

vermutlich nicht gelingen, meine Sympathien für die Vorlage ganz zu verbergen.

Beginnen will ich mit einer Feststellung, der sich vermutlich viele anschliessen können. Es ist für unsere Gesellschaft wichtig, dass sich junge Menschen für politische Fragen interessieren. Gerade wir politisch Aktiven in diesem Saal wissen, dass es eine nächste und eine übernächste Generation braucht, die dereinst das Steuer übernimmt. Verschiedentlich wird ja beklagt, die Jugend sei desinteressiert, sie gehe zum Beispiel nicht abstimmen. In diesen Wehklagen kann ich nicht einstimmen. Meine Erfahrung ist eine andere. Die jungen Menschen von heute sind durchaus interessiert an Politik. Sie wollen mitbestimmen, sie wollen die Welt zu ihren Gunsten verändern.

Die entscheidende Frage ist viel eher, ob wir die jungen Menschen mitbestimmen lassen und ab welchem Alter wir beginnen, sie mit politischen Prozessen vertraut zu machen. Erfreulicherweise setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es politische Mitbestimmung braucht und dass das Kennenlernen von politischen Prozessen und Institutionen nicht erst mit Erreichen der Volljährigkeit beginnen darf. Partizipation lautet das Stichwort und die These dazu: Wenn Kinder und Jugendliche erkennen, dass sie etwas bewegen können, dann werden sie sich auch als Erwachsene einbringen. Oder anders gesagt: Nur wer mitbestimmen kann, identifiziert sich mit der Gesellschaft, in der er lebt. Das gilt für Erwachsene genauso wie für Jugendliche.

Die Befürworter der Vorlage wollen mit einem kantonalen Jugendparlament die politische Beteiligung der Jugendlichen stärken. Die Gegner erachten ein kantonales Jugendparlament als unnötig und ungeeignet. Sie finden, dass Jungparteien sowie Gefässe auf kommunaler und nationaler Ebene besser geeignet sind und dass hier schon ausreichend Möglichkeiten für Mitbestimmung bestehen.

Das vorliegende Geschäft geht zurück auf die Motion Wolf (*Altkantonsrat Andreas Wolf*) und Mitunterzeichnende vom 7. März 2011. Der Kantonsrat überwies sie mit 83 zu 80 Stimmen und nach einigem Hin und Her wurde das Geschäft schliesslich in der Geschäftsleitung behandelt. Der Regierungsrat, die Kontaktstelle aller Jugendvereinigungen, okay, und der Dachverband Schweizer Jugendparlamente wurden zur Stellungnahme eingeladen.

In der Vernehmlassung wurde die Stossrichtung begrüsst. Der Regierungsrat stellte lediglich seine Zuständigkeit für das Verfassen einer Vollzugsverordnung infrage. Die Jugendorganisationen kritisierten insbesondere, dass kein finanzieller Beitrag erwähnt wird und dass

konkrete parlamentarische Instrumente fehlen. Die Geschäftsleitung hat die Ergebnisse aus der Vernehmlassung ausgewertet und präsentiert Ihnen nun diese Vorlage mit folgenden Grundzügen:

Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen eine schlanke Regelung. Ganz im Gegensatz zum Beispiel zu den Lösungen in den Kantonen Waadt oder Jura wollen wir kein staatlich verordnetes Korsett. So sollen die jungen Menschen ihr Parlament selber organisieren, sprich als privatrechtlichen Verein, und darum ist auch kein finanzieller Beitrag gesetzlich verankert. Die gesetzliche Grundlage hält daher nur fest, unter welchen Bedingungen ein Jugendparlament als kantonalzürcherisch anerkannt werden kann. Wir halten fest, dass der Kanton das Jugendparlament unterstützen kann, und es ist definiert, wie das Jugendparlament seine Beschlüsse offiziell in den Kantonsrat einbringen kann.

Das Geschäft war in der Geschäftsleitung umstritten. Besonders umstritten waren drei Punkte. Erstens die Altersspanne: Ein Mehrheit plädiert für ein Altersspektrum von 12 bis 21 Jahren, eine Minderheit für eine Altersstruktur von 13 bis 25 Jahren. Die Mehrheit findet, dass man eigentlich mit Erreichen der Volljährigkeit austreten sollte. Damit eine geordnete Übergabe stattfinden kann, wird als Obergrenze 21 Jahre vorgeschlagen. Die Minderheit findet, dass ein Austausch zwischen interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stattfinden müsse. Das Ende der Jugend sei fließend, in vielen Bereichen gelte als Obergrenze das Alter 25. Sie verweisen darauf, dass andere Jugendparlamente mit einer Altersstruktur von 13 bis 25 Jahren bestens funktionieren.

Zweiter Punkt war die finanzielle Unterstützung: Mit der Vorlage wird gesetzlich verankert, dass der Kanton das Jugendparlament unterstützen kann. Auch eine finanzielle Unterstützung ist nicht ausgeschlossen. Einer Minderheit geht dies zu wenig weit. Sie will dem Jugendparlament explizit einen jährlich wiederkehrenden finanziellen Betrag zusichern.

Dritter umstrittener Punkt: Das Mitbestimmungsrecht. Die Motion Wolf wollte das Jugendparlament zur Einreichung von parlamentarischen Vorstössen ermächtigen. Die Mehrheit der Geschäftsleitung lehnt dies ab. Das würde nämlich faktisch dazu führen, dass ein Teil der nichtstimmberechtigten Bevölkerung das Initiativrecht bekäme. Die Mehrheit der Geschäftsleitung schlägt eine Alternative vor, die keine neuen Ungleichheiten schafft, die flexibler ist und die sich auch in anderen Jugendparlamenten bewährt hat. Das Jugendparlament soll seine Beschlüsse als Petition beim Kantonsrat einreichen können. Der Kantonsrat wird verpflichtet, diese Beschlüsse in seinen Kommissionen zu beraten, und die Kommission klärt ab, ob das Anliegen in ei-

nen Vorstoss umgewandelt werden soll, und sie kann dazu eine Delegation des Jugendparlaments anhören.

In diesem Punkt gibt es zwei Minderheiten. Eine erste Minderheit will die Kommission dazu verpflichten, eine Delegation des Jugendparlaments anzuhören. Eine zweite Minderheit will das Jugendparlament gewählten Behörden gleichstellen und sie ermächtigen, ihre Beschlüsse als Behördeninitiative einzureichen.

Soviel zu den besonders strittigen Punkten. Wir werden in der Detailberatung und den entsprechenden Anträgen darauf zurückkommen.

Die Geschäftsleitung hat diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 19. März 2015 verabschiedet und hat ihr mit 7 zu 6 Stimmen zugestimmt. Im Namen der Mehrheit der Geschäftsleitung empfehle ich Ihnen daher Eintreten und Zustimmung. Besten Dank.

Roman Schmid (SVP, Opfikon): Diese Motion behandelten wir die letzten zwei Jahre in der Geschäftsleitung. Im Moment ist es so, dass Jugendliche unter 18 Jahren in unserem Kanton nicht am politischen Leben teilnehmen können respektive sich nicht in einem kantonalen Jugendparlament ausdrücken können.

Grundsätzlich sind wir von der SVP der Meinung, dass Politik zum Beispiel in der Staatskunde in der Volksschule ein wenig näher gebracht werden sollte. Die Grundbegriffe der Politik, was sind Parteien, was ist eine Legislative, was ist eine Exekutive, Unterschied National- und Ständerat. Das kann da sehr gut beigebracht werden. Weiter sind wir auch der Meinung, dass zum Beispiel die Jungparteien verantwortlich sind, Junge für die Politik zu interessieren. Sie können beitreten, sie können ja auch nur einmal Reinhören, wie es da aussieht und wie es da so läuft. Natürlich, einen richtigen Parlamentsbetrieb kann man da nicht erlernen, aber die Politik, das Grundwissen kann auch da bereitgestellt werden. Ich gebe zu, wenn Sie einer Jungpartei beitreten, dann haben Sie schon eine Grundeinstellung, eine politische Grundeinstellung. Das ist sehr politisch.

Wobei, wenn wir weiterschauen nach Bern, ins nationale Jugendparlament in der Jugendsession, dann ist das vielleicht auch politisch, wenn ich hier sehe, was dort für Arbeitspapiere verabschiedet werden: «Unbegleitete minderjährige Migrantinnen und Migranten», «2 Wochen bezahlter Vaterschaftsurlaub», «Energiesparen wird zum Standard» und heute lese, was gestern verabschiedet wurde in der nationalen Jugendsession «Initiativalter 16», eine Lenkungsabgabe auf Öl- und Gasheizungen sowie eine bessere Betreuung von jugendlichen Migrantinnen und Migranten. Dies liegt sicher nicht im Ansinnen der

SVP. Das verstehen Sie auf der gegenüberliegenden Seite höchstwahrscheinlich auch.

Ja, wie kann man sich als Jugendliche oder Jugendlicher noch in der Politik engagieren? In unserem Kanton muss man halt vielleicht ein bisschen Zeit abwarten und sich erst mit 18 in der Politik engagieren. Vorgängig kann man sich in Vereinen engagieren. Ich denke, jung in die Politik einzutreten ist kein Problem. Ab 18 Jahren finden wir das von der SVP total in Ordnung. Natürlich sehe ich auch hier den Vorteil, dass wenn zum Beispiel eine Gemeinde ein Gemeindeparlament hat, dann kann man sich mit 18 Jahren in dieses Gemeindeparlament wählen lassen. Das ist auch hier im Kantonsrat möglich. Man kann zum Beispiel wie Peter Reinhard schon jung in die Politik einsteigen. Er war dazumal jüngster Gemeinderatspräsident der Gemeinde Opfikon. Das war er solange bis ich kam und in jungen Jahren Gemeinderatspräsident wurde. Ich möchte noch auf Jörg Mäder verweisen, der auch sehr jung in die Politik einstieg. Er gründete sogar eine eigene Partei. Das ist Politik, geschätzte Damen und Herren. So wird sie bei uns im Kanton gelebt.

Noch zu einem weiteren Thema in dieser Sache: Überrascht hat mich ein Artikel des Tages-Anzeigers mit dem Titel «Streit der Generationen in der SVP». Geschätzte Damen und Herren, ich bin seit ich 19 bin Mitglied der SVP und habe noch nichts von einem Streit der Generationen in unserer Partei mitbekommen. In diesem Bericht des Tages-Anzeigers stand, dass Mitglieder der Jung-SVP und der SVP ein kantonales Jugendparlament gründen wollen und weitere Jugendliche suchen, die da mitmachen. Ich kann Sie beruhigen: Wir haben keinen Streit der Generationen, und es ist auch nicht so, dass Mitglieder der Jung-SVP für ein kantonales Jugendparlament sind. Gehen Sie davon aus, dass das entweder eine Zeitungssente ist oder einfach falsch recherchiert wurde. Die betroffenen Personen hatten auch nie Kontakt mit mir oder mit sonst jemanden hier drin gesucht. Unsere Jungpartei ist gut aufgestellt und unserer Partei geht es auch gut. Keine Angst um die SVP, geschätzte Damen und Herren.

Wir wollen, wenn ein kantonales Jugendparlament in diesem Rat beschlossen wird, eine möglichst schlanke Regelung und kein staatlich verordnetes Jugendparlament, geschätzte Damen und Herren. Wenn das kantonale Jugendparlament zustande kommen sollte, dann soll sich dieses in einem privaten Verein organisieren und nicht über die Verwaltung geführt und begleitet werden. Die Mitglieder sollen nach unserer Meinung zwischen 12 und 21 Jahre alt sein. Alles andere macht keinen Sinn. Ab 18 Jahren können sie wie gesagt für ein Gemeindeparlament oder für das Kantonsparlament kandidieren und sich

wählen lassen. Diese Zeitspanne genügt für einen Parlamentsbetrieb. Die Beschlüsse des Jugendparlamentes sollen als Petition eingereicht werden und die Kommissionen sollen diese Petition anhören, aber nicht anhören müssen. Das sollte freiwillig sein. Zu den anderen Minderheitsanträgen werde ich mich jetzt noch nicht äussern, vielleicht tue ich das später.

Ein kantonales Jugendparlament entspricht nicht der Meinung der SVP. Die SVP wird diese Motion ablehnen. Bitte tun Sie es mir gleich. Merci.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Gerne gestehe ich es hier ein: Ich bin ein Wiederholungstäter. Schon in meiner Mittelschulzeit gehörte ich zu den Gründern der Schülerorganisation meiner Kantonsschule. Wir haben dort mit Erfolg Mitbestimmung eingefordert und uns eingebracht. Als Mitglied der eidgenössischen Jugendkommission war ich vor mehr als 20 Jahren einer der Initiatoren der schweizerischen Jugendsessionen. Seit dem Jubiläumsjahr 1991 gibt es jährlich eine von 200 Jugendlichen besuchte Jugendsession im Bundeshaus während vier Tagen. Ich hoffe, dass es uns heute endlich im Kanton Zürich gelingt, die Basis für ein anerkanntes Jugendparlament zu legen und eine Form zu finden, die Anliegen der jungen Generation wirklich ernst zu nehmen.

Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Selbstverständlichkeit, insbesondere unsere schweizerische, direkte ist komplex, nicht auf Anhieb verständlich. Sie setzt mündige, informierte, mit den Abläufen vertraute Bürgerinnen und Bürger voraus. Gemessen an diesem hohen Ziel gibt es in unserem Land und in unserem Kanton wenig politische Bildung. Anders als etwa Wirtschaft und Recht gibt es kein Fach Einführung in die Politik an unseren Mittelschulen. Einführung in die Politik gibt es nur im Rahmen des Fachs Geschichte mit vergleichsweise wenigen Lektionen. Ähnliches gilt auch für die Berufsbildung.

Lieber Roman Schmid, du irrst, wenn du meinst, wir könnten von einer fundierten Ausbildung in Politik in unseren Schulen auf der Sekundarstufe II ausgehen. Etwas besser sieht es bei der Volksschule aus. Da sind flächendeckend in den letzten Jahren Schulräte eingeführt worden. Dort können unsere jungen Schüler Partizipation einüben und auch praktizieren.

Alle Erfahrungen zeigen, wer sich schon als Jugendlicher politisch engagiert, tut dies nachher auch als Erwachsener. Engagement tausender, meine Damen und Herren, ist Voraussetzung für das langfristige

Überleben der spezifisch schweizerischen Milizdemokratie. Matchentscheidend ist aber dabei, dass Jugendparlamente nicht in abgeschotteten kleinen Zirkeln Selbstgespräche führen, sondern wirklich mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Das ist der Hintergrund für die Minderheitsanträge, über die wir anschliessend beraten werden und die wir unterstützen.

Eigentlich ist das Geschäft, das wir heute beraten ein Trauerspiel. Die Motion wurde 2011 eingereicht. Wie eine heisse Kartoffel wurde sie zwischen STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) und Geschäftsleitung hin und her geschoben. Jetzt, nach mehr als vier Jahren, haben wir einen Berg, der eine Maus gebiert. Das ist peinlich. So geht man mit Anliegen von Jugendlichen nicht um. Wir treten aber auf die Vorlage ein und setzen uns mit Überzeugung ein für eine Ausgestaltung, welche nicht minimalistisch ist, sondern den interessierten jungen Leuten eine Gelegenheit gibt, im demokratischen Dialog mit uns den gewählten Verantwortungsträgern ihre Anliegen vorzubringen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Endlich können wir heute einer ausgewogenen Vorlage zur Schaffung eines Jugendparlaments zustimmen. Und wir hoffen, dass dieser Rat diesem Vorhaben auch wirklich zustimmt. Sonst wäre eine langjährige und intensive Vorbereitung für die Katze gewesen und ein Anliegen, das uns wichtig ist, das auf Ebene Bund und in vielen Gemeinden auf die eine oder andere Art bereits umgesetzt ist, wäre hier im Kanton für die nächsten Jahre schon vor seiner Geburt gestorben.

Vielleicht ist die kantonale Ebene in der Tat die schwierigste Ebene. Denn wir wissen es alle, es ist eine eher technische Ebene. Es geht nicht um Skaterparks, und es geht nicht um Aussenpolitik, aber es soll nicht an uns liegen, ein solches Anliegen zu stoppen, wenn das berechtigte Bedürfnis daran besteht. Die Jugendlichen haben Ideen, sind initiativ und wollen und sollen gehört werden, wenn sie kantonale Themen aufgreifen möchten, und wenn sie ein solches Parlament schaffen möchten, dann sollen sie einen Rahmen dafür bekommen.

Unser Parlamentsbetrieb ist von aussen nur schwer nachvollziehbar, wirkt vielleicht trocken und scheint sich trotz würdevollem Rahmen in diesem wunderbaren Gebäude nicht unbedingt zur Nachahmung zu empfehlen. Aber es gibt viele Jugendliche, welche sich in einem Jugendparlament auf Kantonsebene engagieren möchten. Diese Möglichkeit sollten wir ihnen nicht verbauen, sondern eben ermöglichen.

In der Vorberatung in der GL haben wir Leitplanken für ein Jugendparlament gesetzt, auch um eben die Erwartungen an ein solches Jugendparlament nicht zu gross werden zu lassen. Denn hohe Erwartun-

gen, die nicht erfüllt werden können, können zu Frustration und Desinteresse führen.

Wir Grünliberalen stehen hinter den Anträgen der Kommissionsmehrheit und lehnen die Minderheitsanträge ab. Insbesondere erachten wir eine Ausdehnung der Alterslimite für nicht zielführend, denn ab 18, das hat Roman Schmid ausführlich gesagt, kann man sich auch in diesen Rat hier wählen lassen. Und dann sollen die Plätze im Jugendparlament auch wirklich Jugendlichen unter dem Stimmrechtsalter überlassen werden. Wir sind auch der Meinung, dass eine Kantonsratskommission eine Vertretung des Jugendparlaments einladen können soll, aber nicht einladen muss. Wir sind überzeugt, dass die Kommissionen überzeugende Vorschläge des Jugendparlaments aufnehmen und diskutieren werden.

Und dann noch etwas zur politischen Bildung, lieber Kollege Markus Späth: Im neuen Rahmenlehrplan der Berufsmaturität ist die Staatskunde wieder mit dem notwendigen Gewicht versehen worden im Fach Geschichte und Politik. Bei diversen Berufslehren ist das in der Tat leider noch nicht der Fall, und es bleibt dort der Initiative der gut ausgebildeten Lehrpersonen überlassen, junge Menschen für Politik zu begeistern. Und Begeisterung übrigens kann ihnen kein Lehrplan vermitteln. Das können nur engagierte Lehrpersonen. Wir werden dem Jugendparlament zustimmen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Ja, meine Damen und Herren, wir sprechen heute über das Jugendparlament. Wir haben bereits vor einem halben Jahr die Möglichkeit für ein Jugendparlament auf kommunaler Ebene geschaffen, als wir das Gemeindegesetz beraten haben. Ich möchte Sie kurz daran erinnern, was in unserer Kantonsverfassung steht, da steht nämlich drin unter Artikel 39: «Kanton und Gemeinden unterstützen das politische Engagement.» Demokratie will gelernt sein, und darum haben wir Grünen vor etlichen Jahren diese Motion eingereicht, ein Jugendparlament zu schaffen, denn man muss lernen, Kompromisse zu finden. Vielleicht muss man auch lernen, dass Politik etwas Zeit braucht. Sie sehen, die meisten Gäste auf der Tribüne haben bereits die Geduld verloren. Politik braucht aber manchmal etwas Geduld, weil man warten muss, bis alles ausdiskutiert ist.

Wir haben ein Milizparlament. Ein Milizparlament hat das Ziel, die Bevölkerung abzubilden. Das heisst, wir haben hier drin Bauern, wir haben Juristen, Lehrerinnen und Polizisten. Das ist gut so, das ist das Ziel. Wir haben natürlich Junge. Wir haben Junge und solche, die einfach jung geblieben sind. Sag ich es mal so. Aber die Jungen sind hier

in diesem Rat systematisch untervertreten. Natürlich kann man sich theoretisch ab 18 wählen lassen. Aber Sie wissen ganz genau, was passiert, wenn jemand mit 18 auf einer Liste kandidiert. Die Chancen, gewählt zu werden, sind sehr gering. Deshalb ist die Förderung von Jungen mit diesem Gesetzesvorstoss sinnvoll, denn junge Menschen haben Ideen, die wir als «alte» Menschen in diesem Rat vielleicht nicht haben.

Dann wird häufig gesagt, es ist ein Mangel an Interesse. Sie haben gesehen, draussen sind die Dachverbände gestanden, das DJS (*Dachverband Schweizer Jugendparlamente*) und die okay und haben uns diese tollen Kleber verteilt. Zudem hat die Jung-FDP, die JUSO, die Jung-EVP, die Jungen Grünen, die Jungen Grünliberalen und die Jung-CVP das unterstützt. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Das gibt es selten, dass wir eine derart breite Allianz von Jungparteien haben, die etwas gemeinsam unterstützen.

Zum Schluss noch kurz: Es ist nicht das Ziel, dass das Jugendparlament ein Sprungbrett für das kantonale Parlament ist. Das kann sein, aber es muss nicht. Nur dass das hier nicht falsch verstanden wird. Ich finde es interessant, dass hier die SVP offenbar nur noch herumeiern kann, weil sie irgendwie begründen muss, warum sie das jetzt ablehnt. Die Begründung von Roman Schmid finde ich ja interessant, zu sagen, was das Jugendparlament auf nationaler Ebene macht, also die Jugendsession, das gefällt uns inhaltlich nicht. Eine solche Demokratie, wo etwas herauskommt, das wir nicht wollen, das wollen wir nicht, und darum lehnen wir das ab. Das ist doch etwas absurd, und hier wäre vielleicht ein bisschen Demokratieverständnis gar nicht schlecht. Darum bitte, meine Damen und Herren, geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie diesem Jugendparlament zu. Danke.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Wie gerade von meinem Vorredner erwähnt, ist es noch kein Jahr her, da wollten SVP und FDP den Jugendlichen die Möglichkeit wegnehmen, auf Gemeindeebene Parlamente zu gründen. Und heute wollen Sie ein kantonales Jugendparlament verhindern. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Wovor haben Sie Angst, meine Damen und Herren? Was hätten wir zu verlieren? Nichts. Wir können nur gewinnen, von jungen Erwachsenen, die sich für politische Prozesse interessieren, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen und die unseren Kanton mitgestalten wollen.

Mit dieser schlanken Version, wie sie nun vorliegt, entstehen weder hohe Kosten noch Arbeit. Wir schaffen nur die gesetzlichen Grundlagen, damit sich engagierte Jugendliche in einem privatrechtlichen Verein am politischen Prozess beteiligen dürfen. Geben wir doch den

Jugendlichen eine Plattform, wo sie ihre Meinungen und Anliegen in die Politik einbringen können. Je früher das politische Interesse bei den Jugendlichen geweckt wird, desto besser ist die Grundlage, dass unser direktdemokratisches System weiterbesteht. Es geht hier um Nachwuchsförderung, die unser Milizsystem dringend nötig hat. Mir scheint es so, als hätten Sie Angst vor der Jugend und Angst um Ihre politischen Ämter.

Die CVP hat keine Angst. Wir sagen Ja zum kantonalen Jugendparlament. Wir empfehlen die Altersbegrenzung von 13 bis 25 Jahren, da sie der optimalen Zielgruppe entspricht, und wir freuen uns auf den konstruktiven Austausch mit Jugendlichen aller Couleur, die unseren Politalltag bereichern. Besten Dank.

Peter Reinhard (EVP, Zürich): Zur Politik oder zur Jugendarbeit kommt man auf verschiedenen Wegen. Bei mir hat es angefangen mit 16 als ich ein Jugend- und Freizeithaus wollte, von den Behörden beauftragt wurde, einen Nachweis zu erbringen, warum das so sei. Wir haben über die Adoleszenz geschrieben, wir haben über alles geschrieben – selbstverständlich abgeschrieben in unserem Alter – und haben dann einen Bericht abgegeben. Mit 30 wurde dann das Jugend- und Freizeithaus eingeweiht, und ich habe dann das Amt des Präsidenten abgegeben an diejenigen, die es dann auch nutzen. Dazwischen war auch noch eine Zeit – da habe ich es wie Herr Späth. Ich habe beim KV die Mitbestimmungsrechte mitausgearbeitet, ich habe mit 20 im Gemeindeparlament angefangen, auch eher zufällig, aber es ist halt so. Sie sehen, es gibt verschiedene Wege, wie man zur Politik kommen kann.

Aber das ist alles nicht so relevant. Relevant ist, dass Jugendliche bereit sind Mitverantwortung zu tragen. Und wenn sie das tun, dann ist es das Dümme, das Blödeste, wenn man sagt, ihr dürft das nicht. Wir machen ja nicht eine Institution, die nun Kompetenzen hätte, die Geld ausgeben könnte, die uns gefährden könnte, die uns sagen könnte, wir seien nicht ganz gescheit im Kopf. Wir machen ein Parlament, wo sie lernen, zusammen zu sprechen, wo sie lernen, ihre Anliegen auf irgendeinem Kanal durchzubringen. Ob das jetzt eine Petition ist, die als Behördeninitiative anerkannt ist, oder ob es eine Petition ist, die in eine Kommission geht und dann eine Anhörung erfolgt oder nicht, sind alles sekundäre Fragen. Es ist der Wille junger Menschen, ihren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen und es ist unser Wille, zu sagen, wir nehmen sie ernst und versuchen sie aufzunehmen.

In diesem Sinn ist für uns die Frage klar zu beantworten: Wir wollen das Jugendparlament als eine weitere Möglichkeit für Jugendliche, sich zu engagieren. Wenn wir die einzelnen Fragen oder Minderheitsanträge anschauen, da habe ich auch Jugendliche von der okaj und anderen Organisationen gefragt, was ist die richtige Zeitdauer für euch? Zwölf bis 21 Jahre sagen sie, ist zu eng. Es gibt eben auch Jugendliche die ein bisschen Spätzünder sind, die aber mit 21 noch nicht bereit sind, einer Partei beizutreten. Daher sollen sie auch einen längeren Weg haben können, wenn sie das möchten. Daher wird die EVP-Fraktion der Lösung bis 25 Jahre zustimmen.

Bei der Frage der jährlich wiederkehrenden Kosten sagen wir, eine Verankerung im Gesetz zeigt klar und gibt das richtige Signal, wir wollen die Jugend wirken lassen. Für mich ist es selbstverständlich, wenn Anliegen kommen, dann werden die offen, unvoreingenommen geprüft, dann kommen sie über materielle oder auch finanzielle Beiträge zu ihrem notwendigen Recht.

Eine Petition würde ich jetzt nicht als Behördeninitiative einreichen, weil das artfremd ist. Ich bin aber überzeugt, keine Kommission wird auf Anfrage ein Anhörungsrecht verweigern, wenn Jugendliche aus dem Jugendparlament sagen, wir möchten die Petition bei euch vertreten. Sie wäre relativ beschränkt, wenn sie das machen würde.

In diesem Sinne kann ich nur sagen, dass wir Ja zum Jugendparlament sagen als EVP, wir sagen Ja zur Jugend als EVP, wir sagen Ja zur flexiblen Ausgestaltung der Jugendarbeit in diesem Sinne, und wir unterstützen in jedem Fall diese Vorlage. Danke.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Das Wichtigste zuerst: Die Alternative Liste befürwortet das Jugendparlament.

Leider ist der Mitgestaltungsraum für Jugendliche in der Politik in der Schweiz noch sehr begrenzt. Wer noch nicht 18 ist, besitzt im Kanton Zürich, abgesehen vom Petitions- und Demonstrationsrecht, keine weitergehenden politischen Mitbestimmungsrechte. Jugendliche wollen und brauchen aber Mitbestimmung wie auch Freiräume. Doch anstatt ihnen dies zu gewähren, geschieht das Gegenteil. So gibt es an Orten, an denen sich Jugendliche in der Öffentlichkeit aufhalten regelmässige Polizeikontrollen, die wohl kaum Abfallsünder aufgreifen sollen, sondern eher harmlose Kiffer, sodass die Jugendlichen meist früh ihre politische Meinung über die Polizei bilden, die angeblich Sicherheit bringen soll. Und wenn diese Jugendlichen dann für solche Freiräume und ihre Ideen demonstrieren gehen, ein politisches Recht, das ihnen bis 18 bereits zusteht, dann wird hierauf am ehesten mit polizeilich-juristischer Einschüchterungs- und Repressionsmassnahmen

geantwortet. Am besten noch mit einer Gummischrotsalve hinterher. Wobei dies kaum zu einer gewünschten politischen Antwort führen wird. Dies alles gehört zu einer kaum oder falschgelebten Jugendpolitik, auch wenn dies im Moment nicht das Thema ist in dieser Vorlage hier. Und dies lässt sich auch sicher nicht mit einem Jugendparlament korrigieren.

Es ist auch klar, dass sich nur wenige Jugendliche für ein solches institutionalisiertes Politikgremium wie das Jugendparlament interessieren werden. Dies hat verschiedenste Gründe. Ich könnte auch sagen, dass ein Jugendparlament schlichtweg die Welt weder ändern noch korrigieren kann. Hier muss man in grösseren Massstäben denken, und genau dies tun zum Glück Jugendliche bis heute noch. Ansonsten sähe die Zukunft noch viel düsterer aus. Und genau diesen Jugendlichen, die damit auf ihre Art einen Einfluss auf die Politik nehmen, wird auch die Schaffung eines Jugendparlaments relativ wenig bringen.

Doch nichtsdestotrotz unterstützen wir ein Jugendparlament, um zumindest eine Mitwirkungsmöglichkeit zu schaffen, wo interessierte Jugendliche mitreden können, und diese gibt es auch. Auch wenn dies kaum alle Jugendlichen anspricht, sondern tendenziell eher die politisch interessierten, die auch an der institutionalisierten Politik interessiert sind und vielleicht später auch eine politische Karriere einschlagen. Nicht umsonst gelten Jugendparlamente auch als Kadenschmieden für Jungparteien. Nicht wenige Politiker haben ihre Karriere in einem solchen Parlament begonnen.

Die AL sieht in der Schaffung eines solchen Parlaments also kein Allheilmittel und möchte auch die Erwartung in ein solches nicht zu hoch setzen. Trotzdem ist es ein Schritt in die richtige Richtung und klar zu befürworten. Ein Parlament wie unseres braucht Nachwuchs sowie auch die Politik im Allgemeinen.

Nun komm ich noch kurz auf die Minderheitsanträge zu sprechen: Wenn wir ein Jugendparlament schaffen, müssen wir dieses auch konsequent einführen und nicht nur halbpatzig. Und genau dies dürfen wir hier und jetzt nicht falsch machen, wollen wir das Ganze nicht zu einer Pseudoübung verkommen lassen. Dies heisst konkret, dass das Jugendparlament mit einer Finanzierung von 20'000 Franken pro Jahr zu unterstützen ist. Fast schon ein Spottpreis, wenn man die Kosten unseres Parlamentes hier vergleicht. Ich glaube, kaum jemand hier im Parlament will den Kantonsrat aus eigenem Sack finanzieren. Wer ein paar Millionen zu viel auf der Seite hat kann sich gerne melden.

Auch müssen Vorstösse des Jugendparlaments hier im Kantonsrat zwingend Gehör finden und daher als Behördeninitiative behandelt werden, sollte diese Jugendparlament nicht zu einer Farce, sondern ernst genommen werden und damit auch für die Jugendlichen attraktiv sein. Wir alle hier im Parlament wissen, wie sehr zum Beispiel allgemein formulierte Volksinitiativen von einer politischen Mehrheit im Parlament gegen den eigentlichen Volkswillen interpretiert werden können, und wenn diese nur in einer nichtverpflichtenden Form in irgendwelche Kommissionen kommen, führt dies nicht zum Ziel.

Noch kurz zur Altersgrenze: Wir können hier noch lange Mutmassungen anstellen, was hier gut ist und was nicht. Greifen wir doch einfach auf die Erfahrung aus den anderen Jugendparlamenten zurück. Dort hat man gute Erfahrungen gemacht mit einer Altersgrenze von 13 bis 26 Jahren, und ich denke, dem kann man sich in dem Fall auch anschliessen. Daher wird die AL diesen Minderheitsantrag unterstützen.

Doch wie ich bereits vorher angetönt habe, wenn wir wirklich eine Beteiligung von Jugendlichen an der Politik wollen, müssen wir auch über effektivere Möglichkeiten der Beteiligung reden, zum Beispiel über das Stimmrechtsalter 16. Dies wurde leider hier im Parlament zuletzt 2007 abgelehnt. Oder um gleich noch eine weitere Idee anzubringen: Die Möglichkeiten einer persönlichen Initiative könnte man zum Beispiel ausweiten. So mussten die Schüler für die PI «Jokertage für alle», diese wird im Parlament bald behandelt werden, über ihren Lehrer gehen, anstatt diese selbst einzureichen. Könnte man da nicht eine niederschwelligere Methode für eine Beteiligung für Jugendliche und auch Ausländer schaffen? Ich erwähne hier bewusst auch die Ausländer, da diese genau wie die Jugendlichen unter 18 sich im Moment nur sehr schwer an der Politik beteiligen können. Eventuell wird die AL in Zukunft einen Vorstoss einreichen beziehungsweise sich etwas überlegen.

Aber ja, hier geht es ja um das Jugendparlament. In dieser Sache bitte ich den Rat darum, auch im Wissen darum, dass ich mit 26 Jahren immer noch das zweitjüngste Mitglied bin, dem Kanton ein Jugendparlament zu geben, das auch die Möglichkeiten hat, zu funktionieren und etwas zu bewirken und daher den entsprechenden Minderheitsanträgen zuzustimmen. Die AL-Fraktion wird daher JA zum Jugendparlament sagen.

Noch ein kleines Wort zur SVP: Sie können das Jugendparlament gerne ablehnen, weil Ihnen die Politik, wie vorhin am Beispiel der Jugendsession erläutert, nicht genehm ist. Aber denken Sie daran, die Jugend ist unsere Zukunft. Auch wenn diese Ihnen nicht genehm ist und auch die Politik der Jugend Ihnen nicht genehm ist. Danke.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Es wurde eigentlich alles schon gesagt. Ich halte mich deshalb kurz: Wir unterstützen die Vorlage. Jetzt bist Du vielleicht etwas enttäuscht, Yvonne Bürgin. Du hast schon gewusst, wie wir stimmen, bevor sich überhaupt jemand von uns geäußert hat.

Wir unterstützen die Vorlage. Ich verhehle nicht, dass in unserer Fraktion einige der Meinung sind, dass sich die Jugendlichen an sich in den bereits vorhandenen Strukturen am politischen Leben beteiligen sollten und können. Und viele zweifeln daran, dass ein kantonales Jugendparlament tatsächlich eine Erfolgsgeschichte wird. Die kommunalen Jugendparlamente waren es ja regelmässig nicht, und Sie wissen, dass wir solche deshalb im Gemeindegesetz nicht gewollt haben. Insofern besteht bei uns, das gebe ich zu, einige Skepsis.

Hier geht es nun aber um ein kantonales Jugendparlament, und wir sind der Auffassung, dass ein solches eine Chance verdient. Denn die Ausgestaltung gemäss dem Antrag der GL ist zielführend und fordert viel Eigeninitiative. Darüber hinausgehende Minderheitsanträge werden wir aber allesamt ablehnen.

Ich habe selbst als Jugendlicher mit gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen begonnen zu politisieren. Ich habe im Rahmen einer Jungpartei politisiert, und ich gebe zu, dass das damals erheblich entspannter zu und her gegangen ist, als sich von den im Minimum doppelt so alten kommunalen Politgrössen die Welt erklären lassen zu müssen und bei jeder Idee zu hören, das haben wir vor 20 Jahren schon einmal versucht und wir fanden es damals schon überflüssig. Das Politisieren unter Gleichaltrigen ist in meinen Augen tatsächlich etwas ausgesprochen Motivierendes. Danach aber bin ich klar der Auffassung, dass Jugendliche politisch in geordneten Strukturen tätig sein sollten und dort, wo wirklich Entscheide gefällt werden, mitmischen sollen.

Wir begrüßen das politische Interesse und Engagement der jetzt hier engagierten Jugendlichen und wir sehen keine Notwendigkeit, hier aktiv zu verhindern, dass eine Plattform geschaffen werden kann. Ob sie tauglich ist, wird sich weisen müssen.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Ich verzichte an dieser Stelle, politisch interessierte Zwölfjährige zu orten. Zu meinen Interessenbindungen: Ich bin dreifacher Vater, war viele Jahre im Jugend und Sport tätig, war einige Jahre Lehrmeister, weiss also schon ein wenig, wie Jugendliche ticken.

Ein kantonales Jugendparlament zielt an den Interessen der meisten Jugendlichen vorbei. Die Gefahr ist gross, dass mit viel Aufwand ein Angebot geschaffen wird, für das keine ausreichende Nachfrage besteht. So laufen auch Jugendparlamente auf Gemeindeebene oft auf Sparflamme. Sie sind ein ineffizientes Konstrukt, das nicht wirklich dazu taugt, die Interessen Jugendlicher wahrzunehmen und möglicherweise berechnete Anliegen umzusetzen. So können Jugendverbände, Jungparteien oder natürlich auch Parteien viel gezielter auf die Bedürfnisse Jugendlicher aufmerksam machen und die nötigen Vorstösse mit mehr Gewicht lancieren.

Als äusserst problematisch erachten wir auch den grossen Altersunterschied zwischen Zwölf- und 21-jährigen, die ganz unterschiedliche Interessen und auch ein unterschiedliches politische Gewicht haben würden. Es ist davon auszugehen, dass in einem Jugendparlament die Politik nicht von den Minderjährigen, sondern von den Mündigen gemacht wird und dadurch den Jugendlichen und auch dem Volk etwas vorgegaukelt wird, das nicht der Realität entspricht.

Minderjährige Jugendliche können zwar klar zum Ausdruck bringen, worin sie ihre Bedürfnisse erkennen und auch dafür einstehen. Sie vermögen in der Regel jedoch nicht, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge wahrzunehmen und diese in ihre Beurteilung mit einfließen zu lassen. Und wo dennoch einzelne politisch frühreife Jugendliche zu finden sind, können diese in Jungparteien aufgenommen und gefördert werden, bis sie mit 18 Jahren selber das Stimm- und Wahlrecht wahrnehmen können. Es wäre deshalb auch systemwidrig, ein gemischtes Jugendparlament mit minderjährigen und mündigen Jugendlichen schaffen zu wollen.

Politik hat bei Jugendlichen einen noch wesentlich geringeren Stellenwert als bei Erwachsenen, insbesondere wenn es um kantonale Themen geht, die für Jugendliche meist etwas abstrakt sind. Einfacher ist es für sie, wenn es um breit diskutierte eidgenössische Themen oder um konkrete lokale Themen, die ihren Wohnort betreffen, geht, wie zum Beispiel ein neues Jugendhaus. Hier kommt auch ihre Partizipation besser zum Tragen. Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, dass die Interessen Jugendlicher in den meisten Fällen bei den Themen Schule, Beruf, Freizeit und Partnerschaft liegen und für ein politisches Engagement nur selten Zeit bleibt. Das ist auch gut so, alles zu seiner Zeit, damit nicht später eine verpasste Jugendzeit nachgeholt werden muss.

Die EDU wird daher die Einführung eines Jugendparlamentes ablehnen und selbstverständlich alle Minderheitsanträge, die noch weiter als der Mehrheitsantrag gehen.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Wenn ich das Engagement heute vor dem Rathaus und in den Medien in den vergangenen Wochen gesehen habe, kann ich nicht behaupten, dass das Interesse an einem Jugendparlament nicht vorhanden sei, wie uns dies Erich Vontobel vorhin weismachen wollte.

Die BDP wird die Einführung des Jugendparlaments unterstützen. Die Altersspanne von zwölf bis 21 ist für uns ein guter Rahmen, um die Jugendlichen an die Politik heranzuführen. Ältere Jugendliche haben die Möglichkeit sich in Jungparteien, in Legislativ- oder Exekutivbehörden zu engagieren. Wenn wir uns immer wieder beschwerten, die jungen Leute hätten zu wenig Interesse an der Politik und wir hier sehen, wie sich Jugendliche für die Einführung eines Jugendparlaments einsetzen, dann können wir bei dieser Vorlage gar nicht Nein sagen. Was vergeben wir uns, wenn wir die Einführung eines Jugendparlaments unterstützen? Wollen wir auf unsere Jugendlichen hören und wollen wir sie ernst nehmen? Ja, die BDP will sie ernst nehmen. Auch wenn sie wie in der Jugendsession Vorstösse machen, die von der rechten Ratsseite nicht unterstützt werden, haben ihre Anliegen eine Berechtigung. Es sind Anliegen, die die Jungen beschäftigen und ihnen wichtig sind. Die Jugendlichen sind eine wichtige Gruppe des Volkes, also sollten insbesondere auch die Volksparteien sie ernst nehmen. Die BDP nimmt sie ernst und wird die Vorlage unterstützen. Die Minderheitsanträge werden wir ablehnen.

Benjamin Fischer (SVP, Volketswil): Ich vermute, viele hier drin erhoffen sich nun einen Bonus durch jugendfördernde Politik, wenn sie zu dieser Vorlage Ja sagen. Gerade jetzt im Wahljahr. Doch es ist eine Alibiübung. Als jüngstes Ratsmitglied stimme ich aus Überzeugung gegen diese unsinnige Vorlage. Junge Politikinteressierte müssen gefördert und gefordert werden, jedoch sicher nicht indem man einigen wenigen ermöglicht, in einem funktionslosen Gremium auf Staatskosten abgehobene Debatten zu führen.

Im Alter von knapp 16 Jahren bin ich der Jung-SVP beigetreten, mit 19 habe ich zum ersten Mal für den Kantonsrat kandidiert, ein Jahr später wurde ich Präsident meiner Ortspartei – bei den alten nicht bei den jungen versteht sich. Nun bin ich 24, stehe hier, spreche zu Ihnen und bin heilfroh, dass ich nicht zu viel Zeit in einem unnötigen Jugendparlament verschwendet habe.

Ein Jugendparlament ist nicht repräsentativ für die Jugend. Ich erinnere an die klaffende Differenz zwischen den Beschlüssen der jährlichen

Jugendsession im Gegensatz zu repräsentativen Umfragen über die tatsächliche politische Einstellung der heutigen Jugend.

Kollege Neukom, es sind eben keine demokratischen Entscheidungen, die das Jugendparlament trifft. Denn Voraussetzung dazu wäre, dass diese Leute demokratisch gewählt wären. Aber stattdessen werden sie von irgendeiner elitären Organisation ausgewählt.

Ich habe selber ebenfalls dreimal teilgenommen an der eidgenössischen Jugendsession, und ich kann sagen, dass die Jugendlichen an solchen Veranstaltungen ein falsches, abgehobenes Bild von Politik vermittelt bekommen. Beispielsweise wird dort munter über Pro und Kontra von hochtrabenden Ideen diskutiert, über die Finanzierung hingegen wird nie gesprochen. Dabei muss häufig eine an sich nicht schlechte Idee abgelehnt werden, weil man sie nicht finanzieren kann oder will. Zumindest unsere Ratsseite weiss das.

Es ist richtig und wichtig, dass sich Junge engagieren, sie sollen dies tun und dabei auch gefördert und gefordert werden. Doch sie sollen sich in der echten Welt engagieren und nicht im Aquarium «Jugendparlament». Die Vereine und Milizbehörden haben heute häufig Mühe, genügend Leute zu finden, gerade junge. Wir brauchen die Jungen nicht in einer geschützten und nutzlosen Werkstatt, sondern mitten in der Gesellschaft. Deshalb bitte ich um Ablehnung.

Mattea Meyer (SP, Winterthur): Zu dir Benjamin Fischer; Euer Übervater Christoph Blocher sass ja jahrzehntelang in Parlamenten und ist dann höchst frustriert gegangen und hat sich noch schändlich über Parlamentsarbeit geäussert. Ich hoffe du machst nicht denselben Fehler wie Blocher und sitzt nicht jahrzehntelang in diesen elitären Parlamenten, die nichts bringen.

Vor elf Jahren habe ich an der eidgenössischen Jugendsession teilgenommen. Wir haben es verschiedentlich schon gehört: 200 Jugendliche treffen sich aus der ganzen Schweiz in Bern und leben drei Tage lang Parlamentsarbeit nach. Kurz darauf wurde ich Mitglied der JUSO und heute stehe ich hier. Ich bin überzeugt, dass es sehr vielen in der Vergangenheit so gegangen ist und auch in Zukunft so gehen wird. Ich war am Freitag an der Jugendsession und hatte dort einen sehr guten Eindruck von der Stimmung, die dort herrschte.

Ob die eidgenössische Jugendsession oder kommunale Jugendparlamente, sie alle bieten, nicht die einzige, aber eine geeignete Plattform, um erste politische und quasi parlamentarische Luft zu schnuppern. Jugendparlamente ermöglichen auch unter 18-jährigen, am politischen Leben teilzunehmen, zu lernen, sich mit unterschiedlichen Argumenten auseinanderzusetzen, sie gegeneinander abzuwägen und eben auch

eine politische Haltung zu vertreten. Es ist längst nicht die einzige Art und Weise, Politik zu machen. Zum Glück nicht. Politik ist weit vielfältiger als stundenlang im Parlament zu sitzen. Ich glaube es ist auch wichtig, dass das den Jugendlichen klar ist.

Nichtsdestotrotz, Jugendparlamente sind ein Hort der Demokratie, es geht eben darum, liebe SVP, nicht immer nur von Demokratie zu reden, sondern eben auch Demokratie zu leben. Und Demokratie macht nicht vor dem Alter halt. Es geht darum, mitzureden, mitzuentcheiden, wie die Zukunft aussehen soll, und da können wir auch unter 18-jährigen weit mehr zutrauen, als wir das heute tun.

Ich bedaure es sehr, dass die sinnvollen Minderheitsanträge keine Mehrheit finden werden im Rat, wir verpassen es damit, den Jugendlichen auch stärkere politische Instrumente in die Hand zu geben, und wir verweigern ihnen das Recht auf Anhörung.

Liebe Ratskollegen und Ratskolleginnen, wenn wir den Jugendlichen das Gefühl geben, sie und ihre Anliegen nicht ernst zu nehmen, müssen wir uns nicht fragen, weshalb viele junge Wählerinnen und Wähler der Urne fernbleiben. Wir können doch nicht immer über diese unpolitische Jugend jammern und dann engagierten Jugendlichen die Tür vor der Nase zuknallen. Es ist für mich klar, dass die bürgerliche Ratsseite nicht Freude daran hat, wenn Jugendparlamente mehr von meinem Schlag hervorbringen, aber ich kann Ihnen versichern, auch auf Ihrer Seite gibt es solche, die an der eidgenössischen Jugendsession oder in Jugendparlamenten politisiert wurden. Es gibt schlicht keine Gründe, Angst davor zu haben, den Jungen eine politische Stimme zu geben. Anerkennen wir doch ihr Engagement und stimmen wir für die Einführung eines kantonale Jugendparlamentes.

Ich möchte zum Schluss noch Salvador Dalí (*spanischer Maler*) zitieren, der gesagt hat: «Der grösste Fehler, den die Jugend von heute hat, ist der, dass man nicht mehr zu ihr gehört.» Zeigen Sie Grösse und stimmen Sie dem Jugendparlament zu. Ich danke Ihnen.

Roger Liebi (SVP, Zürich): Geschätzte Frau Gemeinderatspräsidentin ... (*Heiterkeit*). Es ist nicht so einfach, wenn man immer im selben Ratssaal sitzt, auch wenn es ein paar Reihen weiter hinten ist als sonst. Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin, und Sie sind trotzdem geschätzte Damen und Herren. Ich kann vieles nachvollziehen, was Sie gesagt haben, auch von linker Seite. Selbstverständlich ist es wesentlich, dass Jugendliche sich engagieren – sogar erwünscht – und ich glaube auch, tatsächlich für die Zukunft ist das hervorragend und muss so sein. Aber es muss auch gelebt werden.

Ich höre von Ihnen allen, dass das Interesse an der Politik gefördert werden soll, dass die Jungen Demokratieverständnis lernen sollen, dass man ein Vorbild sein soll. Das haben wir alles jetzt von den Grünen und von den Sozialisten gehört. Was aber Sie selber tun, Ihre Parteien insbesondere, ist ja genau das Gegenteil. Wie möchten Sie denn einen Jungen zur Politik bringen, wenn Sie verhindern, dass Volksabstimmungen umgesetzt werden (*Zwischenrufe*) – ja, da können Sie jetzt schon rufen – wie bei der Ausschaffungsinitiative, wenn Sie verschleppen wie bei der Masseneinwanderungsinitiative? Das waren Abstimmungen die beim Volk durchkamen. Ja, Sie lachen jetzt, was glauben Sie, was auf der Strasse gesagt wird, wenn solche Entscheide nicht umgesetzt werden. Wenn ich Sie wäre, würde ich eben nicht so lachen.

Wir brauchen solche Jugendparlamente nicht. Lustigerweise hat ausgerechnet die SVP das jüngste Mitglied im Kantonsrat. Wir hatten im Nationalrat den jüngsten gewählten Nationalrat mit Herrn Reimann (*Lukas Reimann*).

Wir haben extrem gute Jungparteien. Natürlich die Jung-SVP, aber auch die Jung-FDP, die sehr gut vernehmbar ist. Man hört viel von ihnen. Selbst die jungen Sozialisten haben ja ihre Sprachrohre und setzen sich dann auch teilweise in der Partei durch. Nicht in unserem Interesse selbstverständlich, aber sie tun das, und sie können das offensichtlich auch. Bei den kleineren Parteien weiss ich das nicht. Sie sagen, man muss mehr junge Leute im Parlament haben. Machen Sie mal einen Schritt nach vorn, BDP und CVP. So jung sehen Sie nun auch nicht aus da drüben. Aber immerhin, Sie haben einen guten Versuch gemacht.

Ich will damit einfach sagen, die Jugend interessiert sich, die Jugend will was machen, die Beispiele sind da, aber Sie sind angehalten, dass Sie Demokratie auch so leben, dass sie umgesetzt wird und nicht mit Sprüchen und Parolen in irgendeinem Jugendparlament.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Politische Bildung in der Schule trägt offenbar Früchte. Deshalb bin ich froh und auch ein bisschen stolz, dass einer meiner ehemaligen Geschichtsschüler Präsident des Vereins Jugendparlament Kanton Zürich ist und nun auf der Tribüne sitzt.

Ich fände es schade, wenn das Interesse politisch interessierter Jugendlicher quasi abgewürgt oder nach der Schule aufs Eis gelegt würde. Das Interesse der Jugendlichen soll nicht nur geweckt, sondern es muss auch aufrechterhalten werden. Und das Interesse der Jugendlichen an der Politik wächst natürlich, wenn sich die Jugendlichen auch einbringen können.

Ein Jugendparlament kann ein ideales Trainingsfeld sein für spätere politische Tätigkeiten. Jugendliche unter 21 Jahren sollen ein Gefäss für politische Diskussionen unter Gleichaltrigen haben. Diese Jugendlichen wollen ernst genommen werden. In diesem Sinn sehe ich wirklich keinen Grund, den Jugendlichen ein eigenes Parlament zu verwehren.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Sie haben vorhin ein bisschen süffisant gelacht, als mein Kollege Fischer auf das Auswahlverfahren zu sprechen kam und sagte, dass das Jugendparlament nicht repräsentativ ist. Aber Sie wissen genau, dass in dieser Vorlage, die wir heute diskutieren, genau dieses Auswahlverfahren wie man in dieses Jugendparlament hineinkommt, offengelassen wurde. Es wurde absichtlich nicht definiert. Und weshalb wurde es nicht definiert? Weil Sie wissen, dass da ein Schwachpunkt liegt.

Wir haben hier ein Auswahlverfahren, das nicht demokratisch ist und sich mit einem Erwachsenenparlament absolut nicht vergleichen lässt. Wäre es demokratisch, gäbe es Wahlen. Aber dann wäre der Aufwand selbstverständlich überproportional und nicht vernünftig. Aber Sie haben das offen gelassen und trotzdem gehen Sie hin und sagen nachher, das Jugendparlament repräsentiere die Jugend.

Was passiert bei der Jugendsession? Da wird man vorgeschlagen, man sammelt ein paar Unterschriften und der SAJV (*Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände*) akzeptiert einem dann. Und wer geht an die Jugendsession, wer wird ausgewählt? Es sind vor allem – nicht nur, aber vor allem – Mittelschülerinnen und Mittelschüler, die Zeit haben zu politisieren, während der Schulzeit zum Teil. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, diejenigen, die eine Lehre machen, haben diese Zeit nicht, es handelt sich beim Jugendparlament im Prinzip um eine kleine Oligarchie der Mittelschülerinnen und Mittelschüler, die ausgewählt wurde.

Wenn man dann noch sieht, dass die SAJV diese Leute auswählt, dann sind Sie auf der linken Ratsseite natürlich super froh, dass es dieses Jugendparlament gibt, denn Sie können nachher sagen, die Schweizer Jugend hat diese Meinung. Und damit missbrauchen Sie eigentlich die Jugend für Ihre eigenen politischen Zwecke. Wir haben ein nichtrepräsentatives Parlament, das Meinungen kundtut, die mit der Meinung der Schweizer Jugendlichen insgesamt nichts zu tun hat. Sie gehen hin, sagen, das ist die Meinung der Schweizer Jugend. Das ist ein Missbrauch der Schweizer Jugendlichen, und das geht nicht.

Der zweite Punkt ist, wenn wir dem Jugendparlament spezielle Instrumente in die Hand geben wie das Anhörungsrecht und so weiter, dann geben wir einer Gruppe der Bevölkerung ein überproportionales Recht, das andere Gruppen nicht haben. Ich hätte gerne ein Gewerkerparlament, ein Mittelstandsparlament, ein Altersparlament. Das könnten wir auch machen, machen wir aber nicht. Irgendwo hat die Demokratie Grenzen, das ist ad absurdum geführt.

Es ist auch nicht nötig ein solches Jugendparlament mit solchen Rechten auszustatten, um die politische Bildung zu fördern. Das ist ein Alibiargument. Sie können das auch sonst tun. Sie können an der richtigen Demokratie teilnehmen, schon sehr jung. Sie können in die Jungparteien, und sie können sich sogar in den Kantonsrat wählen lassen oder in Gemeindebehörden und das passiert sogar ab und zu. Ich habe geschlossen.

Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil): Lieber Herr Liebi, mit wenigen Ausnahmen sehen an den Nachmittagssitzungen alle hier drin etwas alt aus (*Heiterkeit*).

Wir jammern über die schlechte Stimmbeteiligung, aber wenn Jugendliche eine Idee haben, etwas dagegen zu tun, dann lehnen wir das ab. Das ist unverständlich. Und geschätzter junger Benjamin Fischer, es ist gut, wenn man in einem Aquarium «Jugendparlament» üben kann. Man überlebt dann eher im Haifischbecken der realen Parlamentstätigkeit.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Sie brauche keine Angst zu haben, ich bin ganz eine Liebe.

Herr Hauser, Sie lehnen eigentlich ein Jugendparlament ab, weil Sie Angst haben, dass sich zu wenig Jugendliche aus der SVP engagieren. Das ist wirklich ein Witz, erstens entspricht dies nicht der Realität, das wissen Sie auch. Ihre Jugendlichen werden sich auch engagieren, sie tun das jetzt schon. Und einen Satz haben Sie überlesen. Das ist ja auch so ein gewisser Stil von Rechtsbürgerlichen. Sie haben diesen Satz nicht gelesen, für Jugendliche von zwölf bis 21 Jahren ist das Parlament, und es ist nach «demokratischen Grundsätzen zusammengesetzt und nach parlamentarischen Regeln organisiert». Das steht in dieser Vorlage. Das heisst also, wenn dem nicht so ist, wenn eine Gruppe von «Sozialisten-Jugendlichen», wie Sie das schreckliche Bild hier gebracht haben, sich zusammensetzt, dann ist es kein Jugendparlament, und das steht hier drin.

Und ich möchte auch etwas zu der Jugend sagen, die hier seltsam angeschaut wird. Ich habe in der ganzen Zeit, in der ich in der Schulpflege sass, sehr interessierte Jugendliche kennengelernt. Sie sind nicht so schlecht, wie Sie sie immer darstellen auf der rechten Seite. Sie sind interessiert, sie kennen sich aus, und sie wollen sich in der Politik auskennen. Von da her braucht man auch keine Angst zu haben. Es wird gelingen, und sie werden das gut machen.

Dann noch ein kleines Wörtchen zu unserem lieben Herr Liebi, der gar nicht so recht weiss, wo er eigentlich sitzt (*Heiterkeit*). Er sagt, ausgerechnet bei der Masseneinwanderungsinitiative fehle der demokratische Einsatz. Ja, Sie müssen gar nicht so weit suchen, Herr Liebi. Hier in diesem Haus hatten Sie die Kulturlandinitiative. Sie wollten sie nicht einmal diskutieren. Fertig, Schluss, vom Tisch. Jetzt hat das Bundesgericht Ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das ist «sauhübsch» für uns. Das gefällt mir. Das ist fehlendes Demokratieverständnis, und nehmen Sie sich an Ihrer Nase und nicht an unserer.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Neben dem, dass ich Herrn Liebi auch gern beliebt gemacht hätte, etwas mehr «Montagsluft» zu schnuppern und dann zu schauen, wie sich die bürgerliche Mehrheit um die Demokratie foutiert, dachte ich es sei manchmal doch noch schön, ein paar Zahlen anzuschauen.

Meine Interessensbindung möchte ich auch noch sagen: Ich habe es auch einmal geschafft, ein halbes Jahr das jüngste Mitglied dieses Rates zu sein. Man wird halt schnell älter, wenn die Wahlen kommen. Es ist halt so, wenn man älter wird ist man bald auch nicht mehr so jung (*Heiterkeit*).

Wenn wir es schon vom Alter haben – wir haben ja das statistische Gehirn in der Hinterreihe von unserem Rat (*gemeint ist Ruedi Lais*) –, ist unser Rat im Schnitt 49,5 Jahre alt. Jetzt mag es zwar sein, dass die SVP zurzeit tatsächlich das jüngste Ratsmitglied hat. Trotzdem steigert die SVP den Altersdurchschnitt. Sie hat nämlich einen Durchschnitt von 51,7 Jahren. Hingegen senkt die SP als durchschnittlich jüngste Partei in diesem Rat mit 44,8 Jahren den Durchschnitt doch erheblich. Als von der Jugendlichkeit her, haben wir Ihnen noch etwas vor.

Dann wird immer gern gesagt, diese Jugendparlamente seien nicht demokratisch und sie seien irgendwie zusammengewürfelt. Und da wird gerne die eidgenössische Jugendsession ins Land geführt. Ich hatte einerseits als Teilnehmende, andererseits bei der Organisation hef-

tig mit der eidgenössischen Jugendsession zu tun. Lehrlinge können sehr wohl teilnehmen, für das gibt es nämlich den Jugendurlaub, und sie bekommen frei von ihren Arbeitgebern. Und das andere ist: Es gibt Regeln, wenn es mehr als 200 Anmeldungen hat. Und dort ist die Regel eigentlich relativ klar, man versucht eine möglichst gute Durchmischung zu bekommen. Das heisst, grundsätzlich wird jeder Lehrling genommen und es werden zuerst Kantonsschüler rausgeschmissen, weil man weiss, dass man mehr Lehrlinge haben möchte, weil sie eher unterrepräsentiert sind. Aber das heisst eben auch, dass man sehr wohl dafür sorgt, dass man diese besser repräsentiert hat.

Und gerade wenn man beim Thema Lehrlinge ist, dann wäre ein kantonales Jugendparlament vielleicht doch sehr spannend. Die sprachlichen Hürden sind kleiner und da wäre ein kantonales Jugendparlament für Lehrlinge etwas sehr spannendes.

Aber das einzige Argument, das ich gehört habe, wieso ein Jugendparlament derart schlecht sei, ist, dass Sie annehmen, dass es die falschen Entscheidungen treffen wird. Und ich denke, wir sollten doch mal bei diesem Jugendparlament, wenn es denn kommt, schauen, für wen es die falschen Entscheidungen trifft. Vielleicht ärgern wir uns, vielleicht ärgern Sie sich, aber ich denke, wir sollten diesem Parlament die Chance geben, irgendjemanden von uns in diesem Rat zu ärgern. Danke.

Mauro Tuena (SVP, Zürich): Ich komme nicht nochmals auf das Auswahlverfahren zurück. Esther Guyer sagte, es sei ein demokratisches Auswahlverfahren mit demokratischen Grundsätzen. Geschildert wurde das aber hier in diesem Saal nicht, wie das funktionieren soll. Ich möchte doch bitten, dass das nicht bei Worthülsen bleibt, sondern gesagt wird, denn sonst kommt das morgen sehr schwierig in der Presse rüber.

Rosmarie Joss hat jetzt gesagt, es gebe ein Auswahlverfahren, aber dann ist das gerade nicht demokratisch. Das wurde mit diesem Votum explizit bestätigt.

Ich habe mir schnell die Mühe genommen, im Internet die Forderungen des eidgenössischen Jugendparlamentes der letzten Jahre nachzusehen. Meine Damen und Herren, Sie wollen mir doch nicht sagen, mit diesen Forderungen sei das Jugendparlament ausgewogen. Es sind faktisch ausschliesslich linke Forderungen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Kantonsratsgesetz vom 5. April 1981 wird wie folgt geändert:

§ 38a, Abs. 1:

Minderheitsantrag von Esther Guyer, Barbara Bussmann, Philipp Kutter, Peter Reinhard, Markus Späth und Rolf Steiner:

1 Das kantonale Jugendparlament wird vom Regierungsrat anerkannt, wenn es

lit. a und b unverändert.

c. für Jugendliche von 13 bis 25 Jahren zugänglich, nach demokratischen Grundsätzen zusammengesetzt und nach parlamentarischen Regeln organisiert ist.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil), Referent der Geschäftsleitung: Ich erlaube mir eingangs noch eine Bemerkung: Es ist ja interessant und schön zu hören, wer, wo, wie einmal die oder der Jüngste war, und damit verbunden die Erkenntnis, dass wir alle älter werden. Mir wird das heute ja besonders drastisch vor Augen geführt. Es gibt aber auch Leute, die werden zwar älter aber nicht weiser. Wir wissen alle, irgendwann kommt die biologische Amtszeitbeschränkung, und für diesen Fall müssen wir auch vorgehen. Und ich denke, darum geht es hier auch, nämlich um die Nachwuchsförderung.

Nun zu diesem Minderheitsantrag: Es geht hier um die Altersspanne. Die Mehrheit plädiert für ein Altersspektrum von zwölf bis 21 Jahren. Eine Minderheit möchte zusammen mit den angeschriebenen Organisationen, die sich an der Vernehmlassung beteiligt haben, eine Altersstruktur von 13 bis 25 Jahren festschreiben.

Die Mehrheit findet, dass die Mitglieder eigentlich mit dem Erreichen der Volljährigkeit aus dem Jugendparlament austreten müssten, und das Alter 21 wird festgelegt, um einen guten Übergang zu gewährleisten und einen gewissen Wissenstransfer zwischen den jüngeren und den älteren Mitgliedern zu ermöglichen. Gemäss Mehrheitsmeinung stehen junge Erwachsene zwischen 21 und 25 Jahren in einer wesent-

lich anderen Lebensphase als zwölf- bis 14-jährige und sie könnten deshalb nicht mehr in gleichem Masse die Interessen der Jugendlichen vertreten.

Die Minderheit hält dagegen, dass ein Austausch zwischen politisch interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stattfinden müsse. Nur so entstehe ein wirklicher Erfahrungs- und Wissenstransfer. Schliesslich sei die Altersstruktur der Jugend fliegend. Nicht jeder Jugendliche ist mit 21 schon wirklich erwachsen. Und sie verweist darauf, dass Jugendparlamente mit einer Altersguillotine von 25 Jahren bestens funktionieren. Ich danke Ihnen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Bei diesem Antrag geht es wie gesagt darum die Altersspanne auf 25 Jahre auszuweiten. Wissen Sie, bei den Jungen Grünen gibt es keine Alterslimite, da ist man so lange dabei, wie man sich jung fühlt. Wenn Sie also nachher zu mir rennen und unbedingt Mitglied werden wollen, dann wird es jedenfalls nicht am Alter scheitern.

Ich sehe eigentlich keinen Grund diesen Antrag abzulehnen, denn die Altersspanne etwas aufzumachen ist auf jeden Fall sinnvoll. Dann können sich die Leute eher beteiligen. Wenn jemand mit 20 Jahren eintritt, muss er mit 21 Jahren nicht gleich wieder austreten. Zudem: Die betroffenen Verbände wollen 13 bis 25 Jahre. Also stimmen wir doch am besten für 13 bis 25 Jahre.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Selbst in einem Jugendparlament ist Wissen- und Erfahrungstransfer wichtig. Es stimmt, die Jugendsession in Bern – schon viel zitiert heute – kennt eine Altersgrenze von 21 Jahren. Sie aber haben eine professionelle Infrastruktur. Sie werden organisiert durch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, die SAJV. Da sind auch ältere Personen da, die ausserhalb eine professionelle Struktur zur Verfügung stellen und für Kontinuität sorgen.

25 Jahre ist inzwischen eine weitherum etablierte Altersgrenze, etwa bei der SBB, bei Swisscom oder auch in unserem Stipendienwesen, wo wir das vor wenige Wochen eingeführt haben. Die Jungparteien, wir haben es eben gehört, kennen sogar höhere Altersgrenzen. Es ist eine Tatsache, es gibt praktisch keine Leute unter 25 in unseren Parlamenten. Offensichtlich stellt der 25. Geburtstag eine eher neue, aber gewichtige Schwelle auf dem langen Weg ins Erwachsenenleben dar. Es ist sinnvoll, dass wir hier einsetzen, und vielleicht ist es auch eine neue Schwelle, um Philipp Kutter zu zitieren, die eine biologische Altersgrenze darstellt.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Esther Guyer gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen.

§ 38a, Abs. 2

Minderheitsantrag vom Esther Guyer, Barbara Bussmann, Markus Späth und Rolf Steiner:

² *Der Regierungsrat regelt die genauen Anerkennungs Voraussetzungen, das Anerkennungsverfahren und den Umfang der Unterstützung in einer Verordnung. Der Kanton unterstützt das Jugendparlament mit einem jährlich wiederkehrenden finanziellen Beitrag.*

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil), Referent der Geschäftsleitung: Hier geht es um die finanzielle Unterstützung: Mit Absatz 2 halten wir fest, dass das Jugendparlament vonseiten des Kantons unterstützt werden kann. Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Umfang der Unterstützung zu regeln. Verschiedene Formen der Unterstützung sind denkbar, zum Beispiel könnte der Kanton das Rathaus zur Verfügung stellen sowie weitere Infrastruktur. Auch eine finanzielle Unterstützung, zum Beispiel aus dem Lotteriefonds, ist nicht ausgeschlossen.

Einer Minderheit geht das zu wenig weit. Sie will dem Jugendparlament explizit einen jährlich wiederkehrenden finanziellen Betrag zusichern. Der Verein Jugendparlament soll sich auf die Jugendpolitik konzentrieren können und soll für sein Überleben nicht auf Spendengelder angewiesen sein.

Zusammen mit der Mehrheit empfehle ich Ihnen, den Minderheitsantrag abzulehnen. Besten Dank.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Also, wer jetzt das nicht unterstützt, ist wirklich knausrig. Wir sprechen von einem jährlichen Beitrag von 20'000 Franken. Was wir hier veranstalten an dieser Nachmittagssitzung, kostet das Doppelte. Wenn wir das ein bisschen proportional umrechnen, kostet allein unsere Sitzung hier etwa so viel wie das Jugendparlament.

Diese 20'000 Franken sind nicht viel Geld. Relevant ist aber, dass so die Kontinuität gewährleistet wird, und das ist wichtig. Bei keiner unserer Ausgaben ist das Verhältnis zwischen Wirkung und Kosten so gross wie bei diesen 20'000 Franken. Danke.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Die Formulierung, wie sie die Mehrheit will, schliesst eine regelmässige finanzielle Unterstützung des Jugendparlaments nicht aus, es lässt sie offen. Damit steht das Jugendparlament auf einem sehr wackligen Fundament. Wir wollen dies mit unserem Antrag klar solider gestalten. Wir denken dabei, wir haben es gehört, nicht an riesige Beträge. In der Grössenordnung von 20'000 Franken pro Jahr kann man einiges bewirken. Dazu käme die Unterstützung, die der Sprecher der GL erwähnt hat, etwa das Zurverfügungstellen der Infrastruktur im Rathaus oder die beratende Unterstützung durch kantonale Fachinstanzen. Die Jugendparlamentarierinnen und Jugendparlamentarier sollen sich mit politischen Inhalten auseinandersetzen und nicht mühsam Geld zusammenbetteln müssen.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Esther Guyer gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen.

§ 38b

Minderheitsantrag vom Esther Guyer, Barbara Bussmann, Markus Späth, und Rolf Steiner:

§ 38 b. Abs. 1 und 2 unverändert.

³ Die Kommission prüft, ob das Anliegen der Petition in einen parlamentarischen Vorstoss umgewandelt werden kann. Sie hört eine Vertretung des Jugendparlaments an.

Abs. 4 unverändert.

Minderheitsantrag vom Markus Späth, Barbara Bussmann und Rolf Steiner:

§ 38 b. Das Jugendparlament kann seine Beschlüsse als Behördeninitiative beim Kantonsrat einreichen.

Abs. 2–4 streichen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: In einer ersten Abstimmung stellen wir den Antrag der Geschäftsleitung dem Minderheitsantrag Guyer gegenüber. Danach stellen wir den obsiegenden Antrag dem Minderheitsantrag Späth auf Streichung von Absatz 2 bis 4 gegenüber.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil), Referent der Geschäftsleitung: Die Motion Wolf wollte das Jugendparlament zur Einreichung von parlamentarischen Vorstössen ermächtigen. Die Geschäftsleitung lehnt dies ab und schlägt als Alternative vor, dass das Jugendparlament Petitionen einreichen kann. Das ist ein Handlungsmittel, das weniger strengen Formvorschriften unterliegt als parlamentarische Vorstösse. Weit aus gewichtiger ist das Argument, dass man dem Jugendparlament mit der Zusage von parlamentarischen Vorstössen Handlungsmöglichkeiten bieten würde, die es gegenüber anderen Stimmberechtigten oder Interessengruppen privilegiert.

Der zweite Minderheitsantrag betrifft die Anhörung durch die parlamentarischen Kommissionen. Der Minderheitsantrag fordert, dass der Kantonsrat verpflichtet wird, die Beschlüsse des Jugendparlaments in seinen Sachkommissionen zu beraten und jemanden anzuhören. Die Geschäftsleitung schlägt Ihnen hier eine offenere Variante vor, nämlich dass die Kommission eine Delegation anhören kann, aber nicht muss. Ich danke Ihnen im Namen der Geschäftsleitung, wenn Sie die Minderheitsanträge ablehnen. Danke.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Zuerst zum Antrag von Markus Späth. Wir sind einverstanden. Das Petitionsrecht ist sehr schwach. Wenn wir schon ein Jugendparlament einrichten, müssen wir ihm eigentlich stärkere Mittel zur Verfügung stellen. Wir Grünen fordern eigentlich die Möglichkeit, dass sich dieses Jugendparlament einmischen kann. Wir haben diesen Antrag lange in der Fraktion diskutiert und sind leider zum Schluss gekommen, dass dies rechtlich nicht geht. Und darum können wir den Antrag nicht unterstützen, obwohl wir inhaltlich eigentlich sehr einig sind mit dir, Markus.

Zur Anhörungspflicht: Hier habe ich den Verdacht, dass man «kann» schreiben will, weil man das nachher gerne unter den Tisch wischt. Heute Morgen hatten wir ja gerade den Antrag, dass der Einreicher einer Einzelinitiative angehört werden kann, und auch hier haben ja nicht alle zugestimmt, weil sie offenbar der Meinung sind, dass gewisse Leute gar nicht erst sprechen dürfen. Darum soll man hier besser schreiben, man «muss» das Jugendparlament anhören. Dann ist es klar. Und wenn Sie sagen, man wird es ja eh machen, dann tut es ja auch nicht weh, wenn man es muss. Deshalb: Unterstützen Sie diesen Antrag.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): In der Debatte hat Manuel Sahli zu recht darauf hingewiesen, dass eine Gruppe von Schülerinnen und Schüler an meiner Schule, der Kantonsschule Zürcher Unterland, vor wenigen Wochen eine Einzelinitiative «Jokertage auch für Mittelschüler» eingereicht hat. Sie konnten das nur tun dank wohlwollender Unterstützung ihres Geschichtslehrers, der nicht einmal unbedingt einverstanden war mit diesem Vorhaben, aber diese Jugendlichen eben ernst genommen hat.

Jugendliche haben ein waches Gespür, ob sich ihr Einsatz lohnt, ob sie wirklich ernst genommen werden. Und dafür ist es eben nötig, dass ihre Ideen, ihre Anliegen, Forderungen in den parlamentarischen Kreislauf eingespeist werden können. Was wir vorschlagen, ist eine sehr schlanke Lösung. Wir haben nichts Neues erfunden. Sie sollen das Recht auf eine Behördeninitiative haben, die auch als eine solche behandelt wird, ohne Wenn und Aber. Wir brauchen keine Sonderlösung dafür. Selbstverständlich unterstützen wir im Gegensatz zu den Grünen auch ihren Antrag, die verbindliche Form eines Anhörungsrechts beziehungsweise einer Anhörungspflicht. So viel Grosszügigkeit muss sein.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich stelle nun zuerst den Geschäftsleitungsantrag dem Minderheitsantrag Guyer gegenüber.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Esther Guyer gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun stellen wir fest, ob der Mehrheitsantrag der GL oder der Minderheitsantrag Späth eine Mehrheit erreicht.

Abstimmung

Der Antrag der Geschäftsleitung wird dem Minderheitsantrag von Markus Späth gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 120 : 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten. Das Geschäft ist für heute erledigt.

17. Faire Gemeindebeiträge für die Nutzung der Ombudsstelle

Motion Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf), Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Cornelia Keller (BDP, Gossau) vom 20. Oktober 2014

KR-Nr. 259/2014, Entgegennahme, Diskussion
(Gemeinsame Behandlung mit KR-Nr. 306/2014)

25. Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Ombudsperson

Parlamentarische Initiative Martin Zuber (SVP, Waltalingen) und Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) vom 17. November 2014

KR-Nr. 306/2014
(Gemeinsame Behandlung mit KR-Nr. 259/2014)

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir kommen noch zu den letzten beiden Taktanden, nämlich 17 und 25. Die Motion von Stefan Hunger und die PI von Martin Zuber. Wir haben gemeinsame Beratung beschlossen. Die Geschäftsleitung ist bereit die Motion entgegenzunehmen. Martin Zuber, Waltalingen, hat an der Sitzung vom 30. März Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden. Das Wort zur Motion und als Erstunterzeichner der parlamentarischen Initiative hat Martin Zuber.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

I. Das Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) vom 24. Mai 1959 wird wie folgt geändert:

§ 94. Kosten:

³ Die Höhe der jährlichen Beteiligung beträgt maximal 1 Franken pro Einwohner und wird auf Antrag der Ombudsperson vom Kantonsrat festgelegt. Dieser berücksichtigt dabei die Anzahl Einwohner aller Gemeinden, deren Gemeindeordnung das Tätigwerden der Ombudsperson vorsieht.

II. Die Verordnung des Kantonsrates über die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Ombudsperson vom 26. September 2011 wird wie folgt geändert:

§ 1. Sieht die Gemeindeordnung einer Gemeinde das Tätigwerden der Ombudsperson vor, entrichtet die Gemeinde der Ombudsperson jährlich folgende Gebühren:

Einwohnerinnen und Einwohner	Sockelbetrag (in Fr.)	Zusatzbetrag pro Einwohner (in Fr.)
bis 6000	--	0.40
6000–9000	2400	0.60
9001–12'000	4200	0.80
Ab 12'001	6600	1.00

§ 3^{bis}. Wird im laufenden Geschäftsjahr keine Ombudsbeschwerde gegen eine Gemeinde erhoben, deren Gemeindeordnung das Tätigwerden der Ombudsperson vorsieht, entrichtet sie die Hälfte der Gebühr gemäss §§ 1 und 2.

§ 5. Die Ombudsperson erfasst die Kosten der für die Gemeinden erbrachten Leistungen in Abhängigkeit von Gemeindegrösse und -typ. Gestützt darauf überprüft sie periodisch die Gebührengrundsätze und -verteilung gemäss §§ 1-3^{bis}.

Begründung:

Gemäss Art. 81 Abs. 4 Kantonsverfassung (KV) kann der Ombudsmann auch in einer Gemeinde tätig werden, sofern deren Gemeindeordnung dies vorsieht.

§ 94 Abs. 2 Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) bestimmt, dass sich eine Gemeinde, deren Gemeindeordnung das Tätigwerden der

Ombudsperson vorsieht, an den Kosten der Ombudsstelle beteiligt. § 94 Abs. 3 VRG legt die Höhe dieser Beteiligung wie folgt fest:

Die Höhe der jährlichen Beteiligung beträgt 1 Franken bis 4 Franken pro Einwohner und wird auf Antrag der Ombudsperson vom Kantonsrat festgelegt. Dieser berücksichtigt dabei die Anzahl Einwohner aller Gemeinden, deren Gemeindeordnung das Tätigwerden der Ombudsperson vorsieht.

Der Ombudsmann hat 2013 von den Ombudsgemeinden insgesamt Beiträge in der Höhe von 44'940 Franken (vgl. im 2012: 43'490 Franken) erhalten. Damit ergibt sich für das Berichtsjahr 2013 eine Differenz von insgesamt 39'205 Franken (vgl. im Berichtsjahr 2012: 36'950 Franken) zu Gunsten des Kantons. Dieses Resultat ist sehr unausgeglichen, dies auch bei Anerkennung des Versicherungsgedankens und des Umstandes, dass bereits nur wenige Fälle sehr aufwendig werden können. Die Senkung der Gemeindebeiträge ist darum angezeigt.

Soll das Ergebnis der Kostenreduktion darin bestehen, dass die Gemeinden nebst einem überschaubaren Versicherungsanteil lediglich mit Kosten belastet werden, die tatsächlich entstanden sind, so sind die Zusatzbeträge pro zusätzliche Einwohnerin oder zusätzlichem Einwohner (in Franken) zu senken, und es ist die Gebühr für angeschlossene Gemeinden ohne Ombudsverfahren zu reduzieren. Dementsprechend werden die Zusatzbeträge pro zusätzliche Einwohnerin oder pro zusätzlichen Einwohner von 1.00 Franken auf 0.40 Franken, von 1.50 Franken auf 0.60 Franken, von 2.00 Franken auf 0.80 Franken und von 2.50 Franken auf 1.00 Franken herabgesetzt und die Sockelbeträge entsprechend von 6000 Franken auf 2400 Franken, von 10'500 Franken auf 4200 Franken und von Franken 16'500 auf 6600 Franken reduziert. Die auf diese Weise zu ermittelnde Gebühr wird für Ombudsgemeinden ohne Fälle im laufenden Geschäftsjahr um die Hälfte verringert. An der Unterteilung der Gemeinden nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl soll festgehalten werden.

Martin Zuber (SVP, Waltalingen): Der Kanton Zürich stellt den Gemeinden gegen ein Entgelt die Dienstleistungen einer Ombudsperson zur Verfügung. Die Gemeinden können über die Inanspruchnahme der Ombudsstelle selber entscheiden. Bis 6000 Einwohner bezahlen die Gemeinden pro Jahr einen jährlichen Beitrag von 1 Franken pro Einwohner. Gemeinden mit mehr als 6000 Einwohner bezahlen einen Sockelbeitrag plus einen zusätzlichen Betrag pro Einwohner. Der Zugang zum Ombudsmann ist unkompliziert. Es gibt kein kompliziertes Verfahren und keine Eintrittshürden. Die Ratsuchenden müssen weder

Vorschüsse leisten noch Verfahrenskosten oder Gebühren fürchten. Bei Schwierigkeiten mit der kantonalen Verwaltung oder einer kantonalen Behörde hört der Ombudsmann zu, informiert und gibt Rat.

Im Jahr 2013 hat der Ombudsmann insgesamt 47 Stunden ... (*Ratspräsidentin Theresia Weber unterbricht*).

Ratspräsidentin Theresia Weber: Geschätzt Kolleginnen und Kollegen, es ist 20 vor fünf, und ich bitte Sie noch diese beiden Traktanden zu überstehen, im doch angenehm kühlen Saal.

Martin Zuber fährt fort: Im Jahr 2013 hat der Ombudsmann insgesamt 47 Stunden für die Ombudsgemeinden geleistet, was einem Verrechnungsbetrag von total 5735 Franken entspricht. Insgesamt hat der Ombudsmann von den «Mitgliedsgemeinden» Beiträge in der Höhe von 44'940 Franken erhalten. Daraus ergibt sich eine Differenz zu Gunsten des Kantons von 39'205 Franken. Die Unausgeglichenheit hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zu 2012 noch akzentuiert. Es ist richtig, dass die Ombudsstelle kostendeckend arbeiten muss. Es kann jedoch nicht sein, dass die Ombudsstelle einen jährlichen Gewinn erwirtschaftet.

Soll das Ergebnis der Kostenreduktion darin bestehen, dass die Gemeinden nebst einem überschaubaren Versicherungsanteil lediglich mit Kosten belastet werden, die tatsächlich entstanden sind, so sind die Zusatzbeträge pro zusätzliche Einwohnerin oder zusätzlichem Einwohner – in Franken – zu senken, und es ist die Gebühr für angeschlossene Gemeinden ohne Ombudsverfahren zu reduzieren. Dementsprechend werden die Zusatzbeträge pro zusätzliche Einwohnerin oder pro zusätzlichen Einwohner von 1 Franken auf 40 Rappen, von 1.50 Franken auf 60 Rappen, von 2 Franken auf 80 Rappen und von 2.50 Franken auf 1 Franken herabgesetzt und die Sockelbeträge entsprechend von 6000 Franken auf 2400 Franken, von 10'500 Franken auf 4200 Franken und von 16'500 Franken auf 6600 Franken reduziert.

Die auf diese Weise zu ermittelnde Gebühr wird für Ombudsgemeinden ohne Fälle im laufenden Geschäftsjahr um die Hälfte verringert. An der Unterteilung der Gemeinden nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl soll festgehalten werden. Ich bitte Sie darum in diesem Sinn, diese PI vorläufig zu unterstützen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun geht das Wort an Stefan Hunger als Erstunterzeichner der Motion.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Der Zugang zum Ombudsmann ist einfach und unkompliziert. Es gibt kein kompliziertes Verfahren und keine Eintrittshürden, die Ratsuchenden müssen weder Vorschüsse leisten noch Verfahrenskosten oder Gebühren bezahlen. Es ist also eine Institution, die bei Schwierigkeiten mit der kantonalen Verwaltung oder einer kantonalen Behörde für jedermann zur Verfügung steht.

Der Ombudsmann hört zu, informiert und gibt Rat. Die Kosten werden von den sich beteiligenden Gemeinden getragen. Der Verteilungsschlüssel hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Einnahmen um ein vielfaches höher sind als der benötigte Aufwand. Vom bezahlten Betrag wurden im Jahr 2013 lediglich 13 Prozent gebraucht.

Wir verlangen mit unserer Motion, dass die Gemeinden zukünftig nur noch für die effektiv aufgelaufenen Kosten aufkommen. Die Gesamtkosten aller Gemeinden beliefen sich in den vergangenen Jahren auf total zwischen 3500 und 5500 Franken. Wenn wir von der Annahmen ausgehen, dass der Ombudsmann circa 20 Fälle pro Jahr bearbeitet, wären das Kosten von 170 bis 280 Franken pro Fall. Dieser Aufwand ist für jede Gemeinde verkraftbar. Es macht also überhaupt keinen Sinn, wenn wir von den Gemeinden, wie es vorhin auch Martin Zuber gefordert hat, weiterhin Sockelbeiträge einfordern.

Die Ombudsstelle ist eine gute Sache und soll den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin zur Verfügung stehen. Die PI Zuber verlangt dasselbe wie wir, eine Reduktion der Gemeindebeiträge. Sie will jedoch weiterhin, wie ich gesagt habe, die Sockelbeiträge von den Gemeinden. Mit so kleinen Kosten, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, machen Sockelbeiträge jedoch keinen Sinn mehr. Ich bitte Sie deshalb unsere Motion im Sinne einer vernünftigen Lösung und zugunsten aller Gemeinden zu unterstützen.

Priska Seiler Graf (SP, Kloten): Die PI Zuber sowie die Motion der BDP wollen nach meinem Dafürhalten wirklich grundsätzlich dasselbe: Die Gemeinden sollen in Zukunft nur noch für die effektiven Kosten der Ombudsstelle aufkommen, und es soll kein Gewinn auf Kosten der Gemeinden erwirtschaftet werden können. Die SP-Fraktion wird diese Forderung unterstützen. Wie genau die Finanzierung dann im Detail aussehen soll, dafür sind wir zurzeit noch offen, mit oder ohne Sockelbeiträge. Das finden wir im Moment noch nicht relevant, das kann dann die Kommission herausfinden.

Wir haben auch herausgefunden und festgestellt, dass die Kosten für die Ombudsperson tatsächlich als zu hoch empfunden werden und darum bei vielen Gemeinden eben der ausschlagende Punkt sind, warum sie sich eben nicht dem kantonalen Ombudsbüro anschliessen wollen, obwohl dies für die Einwohnerinnen und Einwohner eine sehr sinnvolle Sache wäre. Wir haben es gehört, die Ombudsstelle arbeitet vollkommen unabhängig, neutral, ist lösungsorientiert und, ganz wichtig, volksnah. Diese schmerzhafteste Erfahrung habe ich selbst mit unserem äusserst sparsamen Parlament in Kloten erlebt. Damals war ich noch Parlamentarierin. Mein Postulat, das den Anschluss an das kantonale Ombudsbüro verlangte, wurde zwar grundsätzlich als eine gute Sache taxiert, aber dies sei viel zu teuer und «nice to have», wie das immer kommt von der bürgerlichen Ratsseite.

Mit den in der PI vorgeschlagenen Tarifen zum Beispiel, hätte der Vorstoss sicher deutlich mehr Chancen gehabt. Bitte unterstützen Sie die PI und auch die Motion, dann können wir es in Kloten ja nochmals versuchen.

Martin Farner (FDP, Oberstammheim): Ich kann es kurz machen, die Vorredner haben bereits alles auf den Punkt gebracht. Der Ombudsmann ist ein notwendiges Übel, das man in der heutigen Zeit braucht, und wir sind auch der Meinung, dass die Kosten so aufgeteilt werden müssen, dass nur dann Kosten ausgelöst werden, wenn der Ombudsmann auch gebraucht wird. Wir werden die PI wie auch die Motion unterstützen. Danke.

Jörg Mäder (GLP, Opfikon): Als notwendiges Übel würde ich den Ombudsmann nun wirklich nicht bezeichnen. Ich finde es sehr gut, dass Probleme und gewisse Themen auf einem tieferen Level niederschwellig angesprochen werden können. Wir werden beiden Vorstössen zustimmen, und das nicht nur wegen Kloten. Ich danke Ihnen.

Walter Meier (EVP, Uster): An sich ist die Ombudsstelle eine gute Einrichtung, nur sind die Gebühren für die Gemeinden zu hoch. Das haben die Motionäre respektive die Initianten der PI richtig erkannt.

Wir haben auch in Uster vor nicht allzu langer Zeit darüber diskutiert, eine Ombudsstelle einzuführen und eventuell den Kanton damit zu beauftragen. Aufgrund der zu erwartenden Kosten haben wir das Traktandum aber schnell wieder auf die Seite gelegt. Und ich vermute, und habe es jetzt auch gehört, dass es noch einigen weiteren Gemeinden so geht.

Wenn die Gebühren den tatsächlichen Kosten angepasst sind, werden sich vermutlich weitere Gemeinden für die kantonale Ombudsstelle entscheiden. Diese Chance sollten wir nutzen.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Grundsätzlich sollen Gebühren die Kosten decken. Davon sind wir hier weit entfernt. Für das Jahr 2013 lag die Differenz bei etwa 40'000 Franken. Tatsächliche Kosten fielen in der Höhe von 5700 Franken an, verrechnet hat der Ombudsmann den Gemeinden knapp über 45'000 Franken, daher ist der Handlungsbedarf sicher gegeben, und es ist auch schön zu hören, dass hier im Rat inzwischen Einigkeit herrscht, dass Handlungsbedarf besteht. Auch der Ombudsmann selbst hat signalisiert, dass er an einer Anpassung des Kostenmodells interessiert ist.

Die heutige Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und den verrechneten Kosten hat tatsächlich, wie es mein Vorredner ausgeführt hat, einen gewichtigen Nebeneffekt. Wegen der hohen Preise nutzen nur sehr wenige Gemeinden die Dienste des Ombudsmanns. Aktuell sind es etwa 15 von 169 Gemeinden. Das bedeutet, nur sehr wenige Menschen im Kanton können diese Anlaufstelle in Anspruch nehmen, und wir sollten die Menschen im Kanton nicht ausschliessen, indem wir die Gebühren prohibitiv hoch ansetzen.

Ich möchte an dieser Stelle vielleicht auch noch darauf hinweisen, dass wir von der CVP den Gebührenkatalog schon kritisieren, seit er eingeführt wurde. Damals waren wir noch etwa neun, die dagegen stimmten, und heute stelle ich doch fest, dass es einige mehr sind. Ich danke Ihnen für die Unterstützung und bitte Sie, Motion und PI zu überweisen.

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Die Grünen lehnen die Motion wie auch die parlamentarische Initiative ab. Es ist unbestritten, dass die Ombudsstelle gute Arbeit leistet, und es ist den Gemeinden völlig frei gestellt, von dieser Arbeit Gebrauch zu machen oder nicht. Wir sprechen von 44'000 Franken Differenz im Jahr. Wir sprechen hier in diesem Hause über 44'000 Franken im Jahr. Das ist ja an sich schon lächerlich.

Die Beiträge die jetzt gefordert und geleistet werden, sind moderat und vernünftig. Wenn man im Rückblick in einem vorhergehenden Jahr keine Leistungen bezogen hat, dann hat man eben irgendetwas wie eine Versicherungsprämie bezahlt. Diese Ombudsstelle, diese Kostenregelung hat einen gewissen Versicherungscharakter. Es ist wie mit der Hausratsversicherung. Wenn sie ein Jahr keinen Brand hatten

in der Wohnung, dann haben sie Pech gehabt, dann zahlt keine Versicherung. Wir lehnen aus diesen Gründen die beiden Vorstösse klar ab.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Das Anliegen der Motionäre ist berechtigt, die EDU wird die Motion überweisen.

Dann zur PI Zuber: Mit der Abnahme des Jahresberichts des Ombudsmannes hat sich gezeigt, dass die Kostenverrechnung an die Gemeinden nicht zu überzeugen vermag, weil den Gemeinden zu hohe Kostenanteile in Rechnung gestellt werden. Die vorliegende PI bietet dazu eine Diskussionsgrundlage. Die EDU wird die PI Zuber daher vorläufig unterstützen. Also zweimal Ja von unserer Seite.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 141 : 13 Stimmen (bei 1 Enthaltungen), die Motion 259/2014 zu überweisen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Geschäft geht an die Geschäftsleitung zur Ausarbeitung einer Vorlage.

Das Geschäft ist erledigt.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Parlamentarischen Initiative stimmen 141 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Ratspräsidentin Theresia Weber: Kantonsrätin Eva Gutmann ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf § 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Gesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt per Ende Dezember 2015 einverstanden sind. Das ist der Fall. Damit ist der Rücktritt so genehmigt. Ich beantrage den zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Sommersmog**
Interpellation *Daniel Heierli (Grüne, Zürich)*
- **Abgrenzung von universitärer Spitzenmedizin im Spitalmarkt**
Anfrage *Cyrill von Planta (GLP, Zürich)*
- **Sozialstandards bei der Beschaffung von Berufskleidung**
Anfrage *Manuel Sahli (AL, Winterthur)*
- **Gestaltungsplan Kantonsspital Winterthur (KSW)**
Anfrage *Dieter Kläy (FDP, Winterthur)*

Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr


Zürich, den 31. August 2015

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 12. September 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Abschaffung der Dringlichkeitsdebatte	
Geschäfts#:	KR-Nr. 168d/2013	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 14:33:13	
JA:	32	
NEIN:	121	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	27	
Total Stimmen:	153	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	--
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	--
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	--
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	--
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Amtszeitbeschränkung für Mitglieder von Aufsichtskommissionen	
Geschäfts#:	KR-Nr. 9a/2014	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 15:05:11	
JA:	74	
NEIN:	92	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Kantonsratsgesetz	
Geschäfts#:	KR-Nr. 69a/2011	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:22:39	
JA:	96	
NEIN:	67	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	--
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	--
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Kantonsratsgesetz	
Geschäfts#:	KR-Nr. 69a/2011	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:27:05	
JA:	109	
NEIN:	54	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Kantonsratsgesetz	
Geschäfts#:	KR-Nr. 69a/2011	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:33:39	
JA:	110	
NEIN:	54	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	16	
Total Stimmen:	164	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Kantonsratsgesetz	
Geschäfts#:	KR-Nr. 69a/2011	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:34:54	
JA:	120	
NEIN:	43	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	--
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Faire Gemeindebeiträge für die Nutzung der Ombudsstelle	
Geschäfts#:	KR-Nr. 259/2014	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:51:36	
JA:	141	
NEIN:	13	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	25	
Total Stimmen:	155	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	--
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	ENTHALTEN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	--
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	--
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Ombudsperson	
Geschäfts#:	KR-Nr. 306/2014	
Stimm-Datum:	2015.08.31 - 16:52:57	
JA:	141	
NEIN:	0	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	39	
Total Stimmen:	141	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	--
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	--
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	--
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	--
065	Heierli	Daniel	Grüne	--
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	--
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	--
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	--
064	Marthaler	Thomas	SP	--
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	--
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	--
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	--
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	--
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	--
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				